

18.10.68

437-c1, W. 3

SDS SDS SDS SDS SBS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SD SDS

D I E P R O Z E S S W E L L E R O L L E

Am 24.9.68 wurde in Frankfurt in den Mittagsstunden von der Hauptgeschäftsstraße weg Nader Fatahi von zivilen Polizisten gekidnappt. Dem iranischen Schriftsteller wird u.a. Rädelsführerschaft und Landfriedensbruch vorgeworfen. Seit diesem Tag ist er im Untersuchungsgefängnis eingesperrt, mit der Begründung, er sympathisiere mit dem SDS, der bekanntlich Leute untertauchen lassen könne. Außerdem sei eine so schwere Strafe zu erwarten, daß er auch nicht gegen eine hohe Kautions von der Haft befreit werden könne. Am 21. Oktober wird im Frankfurter Gerichtsgebäude Teil A, Raum 164, um 9 Uhr der Prozeß gegen ihn beginnen. Nader Fatahi ist praktisch schon verurteilt, wenn es nicht gelingt, während des Verfahrens die Scheinbegründung für das schon vorweggenommene Urteil zu entlarven (er war auf Bildern der Senghor-Demonstration neben Cohn-Bendit zu sehen; er soll mit anderen Prominenten gesprochen haben und hielt einmal ein Megaphon in der Hand).

Dieses Verfahren ist Teil des Versuchs, die außerparlamentarische Opposition durch die Justiz zu zerschlagen. Selbst brutalste Polizeieinsätze vermochten es nicht, wirksame Opposition zu unterdrücken. Seit Ostern werden darum auch die sichtbar gleichgeschalteten Gerichte dazu eingesetzt, das verfassungsmäßig "inopportun" erscheinende Verbot des SDS auf kaltem Wege zu umgehen: Hunderte von Verfahren laufen schon jetzt an den Orten, an denen Demonstrationen stattgefunden haben; zum Beispiel erhielt ein Teilnehmer an der Osterdemonstration in Ffm ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung, obwohl ihm keine Gewalttaten nachgewiesen werden konnten. Dagegen wurden in Westberlin Polizisten zu 6 Wochen Gefängnis mit Bewährung verurteilt, die gemeinschaftlich einen Demonstranten blutig zusammengeschlagen hatten.

Einer der Ausgangspunkte der außerparlamentarischen Bewegung ist die Universität. Sie wurde im Kampf gegen die NS-Gesetze zum Zentrum des Widerstandes gegen den neuen Versuch von Staatsgewalt und Wirtschaftsführung, die Gesellschaft zu kasernieren. Darum haben die sich als Reformen aushebenden Vorschläge zur Veränderung der Hochschulstruktur die Aufgabe, die Studenten zu disziplinieren. Studienzeitverkürzung und erhöhte Anforderungen, die Notwendigkeit, noch mehr abfragbares Faktenwissen stur einzupauken, sollen die Produktion bornierter Fachidioten garantieren; die politisch nicht mehr gefährlich werden können. Opposition gegen diese autoritäre Hochschulreform wird von der Universitätsadministration mit Strafverfahren bedroht.

DER KAMPF GEGEN REAKTIONÄRE HOCHSCHULREFORMEN UND GEGEN DIE POLITISCHE JUSTIZ IST DER KAMPF GEGEN DEN AUTORITÄREN STAAT.

Prozeßtermine:

Montag 21.10. 9 Uhr Bau A Raum 164 (Nader Fatahi)
(Montag 21.10. u. Dienstag 22.10. 9 Uhr Bau C Schwurgerichtssaal -
"Brandstifterprozeß")
Mittwoch 23.10. 8.45 Uhr Bau A Raum 202 (gegen Krüger)
Donnerstag 24.10. 9 Uhr Bau C 2.Stock (gegen Hiemer u. Grabsch)
die beiden letzten Prozesse betreffend die Osterdem.

Diese Verfahren müssen öffentlich stattfinden; der Angeklagte darf nicht allein dem repressiven Ritual des Prozesse ausgeliefert sein.

ÖFFENTLICHKEIT KANN NUR DURCH EUCH HERGESTELLT WERDEN

AUCH DIE PRESSE ERSCHEINT SONST NICHT

21. Okt. 1968

SDS

SDS

SDS

SDS

SDS

SDS

Politische Justiz ist nicht nur politische Strafjustiz, sondern ganz allgemein Justiz in einem autoritären Staat.

Am heutigen Montag findet in Frankfurt der Prozess gegen den persischen Kommilitonen Nader statt, der am Tag nach der Paulskirchen-Aktion auf offener Straße von Polizeibeamten in Zivil gekidnappt wurde. In den vergangenen Wochen wurde der Demonstrant Cohn-Bendit zu acht Monaten Gefängnis, der Demonstrant Gerhard Paar zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. In der nächsten Zeit folgen Tag für Tag Prozesse gegen Demonstranten. Der organisierte Angriff gegen die außerparlamentarische Opposition über das Mittel der Justiz erfolgt nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt; die Demonstrationen gegen Springer zielten zum ersten Mal auf ein relevantes Herrschaftsinstrument des autoritären Staates hin und können nicht mehr als ungefährliche Regelverletzungen behandelt werden. Die Justiz reagiert auf sie wie auf Taten schwerer Kriminalität.

Der Justiz fällt jetzt offenbar die Rolle der Integration der letzten noch nicht systemkonform gemachten Institution in die Gesellschaft mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu. Politische Verfahren mit terroristischen Strafmaßen sollen den aktivsten Teil der Opposition gegen eine wirtschafts- und staatspolitisch funktionalisierte Hochschule zerschlagen, um die technokratisch orientierten Hochschulgesetze und -satzungen verabschieden zu können, ohne Widerstand fürchten zu müssen.

Hatte der Einsatz der unmittelbaren Staatsgewalt für die Demonstranten selber einen Solidarisierungseffekt, mit dessen Hilfe sie Gewalt zu großen Teilen auffangen und umfunktionieren konnten, werden die Demonstranten vor Gericht zu "Rechtspersonen" vereinzelt und von der Solidarität der Masse getrennt. Da die Herrschenden damit langfristig Angst vor Massenaktionen erzeugen wollen - durch Zerstörung der bürgerlichen Existenz, Abbruch der Ausbildung, Disziplinarverfahren an der Universität, Auflösung der Arbeitsverhältnisse - muß dieser Solidaritätsschwund durch Vereinzelung der Genossen verhindert werden.

t e a c h - i n :

am Dienstag, den 22. Okt. 1968 um 20.00 Uhr, Hörsaal VI

Diskussionsthemen:

1. Die politische Funktion der Terrorjustiz
2. Formen des Widerstandes
3. Stellenwert der Terrorjustiz im Zusammenhang mit den Entpolitisierungsstrategien des autoritären Staates durch die Hochschulgesetzgebung.

SDS

SDS

SDS

SDS

SDS

SDS

Seit den Osterdemonstrationen sind im Bundesgebiet gegen über 3000 Demonstranten Strafverfahren wegen Landfriedensbruch, Aufruhr, Rädelsführerschaft, Hausfriedensbruch etc. eingeleitet worden.

Die ersten Prozesse endeten mit langen Freiheitsstrafen für die Demonstranten. In Frankfurt wurde der Demonstrant Gerhard Paar wegen bloßer Teilnahme an einer Demonstration zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Aus den gleichen Gründen sitzt der persische Kommilitone Nader seit über 20 Tagen in Untersuchungshaft. Seit Montag läuft der Prozess gegen ihn.

Dieser organisierte Angriff der Justiz auf die außerparlamentarische Opposition setzte ein, seit wir mit den Osterdemonstrationen auf ein relevantes Herrschaftsinstrument des autoritären Staates gezielt haben.

Isoliert von dem politischen Zusammenhang einer Aktion läßt sich von einem autoritären Gericht mühelos das politische Verhalten des Angeklagten in unter Straftatbestände fallende Handlungen auflösen. Mit dieser Entpolitisierung politischen Handelns wollen Richter und Staatsanwälte, die sich so zu Agenten des autoritären Staates machen, durch terroristische Urteile Angst vor jeder Form kritischer politischer Praxis erzeugen.

Diese Kampagne der Justiz soll gleichzeitig die Opposition gegen ein technokratisches Hochschulgesetz zerschlagen, das die Integration der letzten noch nicht ganz systemkonform gemachten Institution leisten will.

Diesem frontalen Angriff kann nur die Selbstorganisation der Studenten in Basisgruppen etc. wirksam begegnen.

Wir rufen auf zu einem

t e a c h - i n

am Dienstag (heute), 22.10.68, 20.00 Uhr, Hörsaal VI

Diskussionsthemen:

1. Stand der Prozesse und Ermittlungsverfahren in der BRD
2. Legitimation unserer Aktionen gegenüber der Entpolitisierungsstrategie der Justiz
3. Der Schein der Gewaltenteilung: der Zusammenhang zwischen Justiz und Polizei
5. Politischer Gehalt von Regeln vor Gericht und die praktischen Konsequenzen des Regelbruchs
6. Gegenstrategien der Studenten: Hochschulbasisgruppen

Rechtsanwalt M a h l e r aus Berlin wird einen Diskussionsbeitrag halten.

Frankfurter Richter und Staatsanwälte sind eingeladen.

LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD 431-113

Die Neuwahlen zum Studentenparlament sind auf Antrag des Aktionskomitees "Demokratischer" Studenten mit einer Urabstimmung über zwei Parlamentsbeschlüsse aus dem SS 68 gekoppelt.

Der LSD fordert auf, an dieser Urabstimmung nicht teilzunehmen: Es entspricht den Praktiken des ADS in ausschließlich reaktiver, d.h. auch reaktionärer Weise seinen Beitrag zur Hochschulreform zu leisten, indem es den progressiven Studentengruppen in formaler, inhaltsloser Taktik in den Rücken fällt.

Die Beschlüsse waren von der legalen Vertretung der Studentenschaft gefaßt (hier übernahm das Studentenparlament zum erstmaligen Initiativfunktion innerhalb der Hochschulauseinandersetzung) und von den politisch aktiven Studenten durchgeführt worden. Die Beschlüsse waren begrenzt auf die Zeit, in der Studenten den formierten Wissenschaftsbetrieb sprengten und in der "Politischen Universität" Vorlesungen gemäß einem emanzipatorischen Wissenschaftsbegriff selbst gestalten wollten.

Eine Urabstimmung über diese, heute längst irrelevante Beschlüsse zeigt deutlich die Konzeptionslosigkeit des ADS, denn welchen Einfluß hätte das Ergebnis der Urabstimmung auf die weitere Hochschulreform?

Darum: Teilnahme an der Urabstimmung heißt Unterstützung des ADS, Verhinderung der Hochschulreform!

(Auch Nein-Stimmen helfen dem ADS, denn er braucht 50 % Wahlbeteiligung, wozu auch die Nein-Stimmen beitragen!)

Die Alternative zur Abstimmung über längst irrelevante Beschlüsse scheint uns der permanente Einsatz für eine demokratische Universität, d.h. im konkreten Zeitpunkt der Kampf gegen die Zerschlagung der Außerparlamentarischen Opposition durch die Justiz.

Wir fordern Sie auf, am teach - in heute Abend 20 h Hörsaal VI teilzunehmen!

LSD LSD Liberaler Studentenbund Deutschland LSD LSD LSD LSD

Nächste Mitgliederversammlung: Donnerstag, 24.10.68 19 h
Studentenhaus Raum 106

24.10.68
Wer hat das ANGST vor?

wußten Sie schon, daß laut neuester AStA-Info das ADS Schlägertrup-
pen organisiert haben soll ?

Zur vertieften Unterrichtung bemerken wir hierzu:

- daß die Studenten im ADS in ihrer Freizeit vormilitärische Ausbildung in Frankfurter Grünanlagen betreiben,
- daß jedes Mitglied im ADS verpflichtet ist, in seiner linken Gesäßtasche (Damen an anderer geeigneter Stelle) eine geladene Pistole mit sich zu führen,
- daß das ADS zur Abwehr weiterer Blockaden in seinem Büro drei Protonen-Plauzer bereithält.

Wollen Sie sich über unseren Ausbildungsstand genauer informieren, so lesen Sie die Frontmeldungen in der letzten AStA-Info (Titel: "Wissenschaft, Sex und Kapitalismus" und "Die bössartigen Behauptungen des ADS").

Im nächsten Kontrapunkt wird ADS in einer sachlichen Analyse zu den Artikeln der Herren F., E. und B. Stellung nehmen.

Vorneweg zwei pikante Unsachlichkeiten aus den betreffenden Artikeln:

Herr F.: "Weiß man, daß die halbbusig Reizende aus Industrie-
kreisen finanziert wird, dann ist ersichtlich, daß
unter dem Titel Studienreform ein Köder für die ge-
legt werden soll, die man aufzuklären hätte"

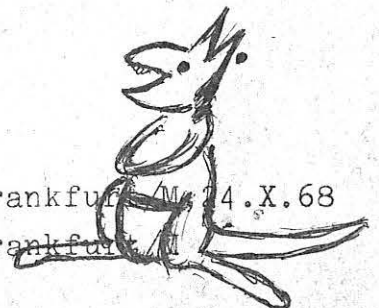
Empfinden Sie etwa auch, daß wir mit Cornelias Busen, den im
übrigen nicht die Industrie finanziert hat, eine Alternative zur
Hochschulreform bieten wollen ?

Wem es Ernst mit dieser Reform ist, wer unser Grundsatzprogramm
gelesen hat, ist anderer Meinung.

Herr B.: "Wegen anderer wichtiger politischer Fragen verschob das
Parlament die Urabstimmung bis Ende Juni."

Wir fragen: Was ist wichtiger, Machtkämpfe zwischen den extremen
Linken um Herrn B.'s Sessel, oder eine von tausend Studenten ge-
forderte Urabstimmung ?

liste 1 ads



Aktionskomitee Demokratischer Studenten (ADS) 6 Frankfurt, 14.X.68
Verantwortlich: Hans Detlev v. Garnier, ADS-Büro Frankfurt
Westendstr. 97, Telefon: 77 61 63

24.10.68

Wer hat ANGST vor?

Wussten Sie schon, daß laut neuester AStA-Info das ADS Schlägertrupp organisiert haben soll?

Zur vertieften Unterrichtung bemerken wir hierzu:

- daß die Studenten im ADS in ihrer Freizeit vormilitärische Ausbildung in Frankfurter Grünanlagen betreiben,
- daß jedes Mitglied im ADS verpflichtet ist, in seiner linken Gesäßtasche (Damen an anderer geeigneter Stelle) eine geladene Pistole mit sich zu führen,
- daß das ADS zur Abwehr weiterer Blockaden in seinem Büro drei Protonen-Plauzer bereithält.

Wollen Sie sich über unseren Ausbildungsstand genauer informieren, so lesen Sie die Frontmeldungen in der letzten AStA-Info (Titel: "Wissenschaft, Sex und Kapitalismus" und "Die bösartigen Behauptungen des ADS").

Im nächsten Kontrapunkt wird ADS in einer sachlichen Analyse zu den Artikeln der Herren F., E. und B. Stellung nehmen.

Vorneweg zwei pikante Unsachlichkeiten aus den betreffenden Artikeln:

Herr F.: "Weiß man, daß die halbbusig reizende aus Industriekreisen finanziert wird, dann ist ersichtlich, daß unter dem Titel Studienreform ein Köder für die gelegt werden soll, die man aufzuklären hätte ..."

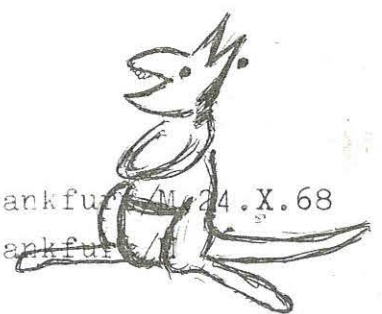
Empfinden Sie etwa auch, daß wir mit Cornelias Busen, den im Übrigen nicht die Industrie finanziert hat, eine Alternative zur Hochschulreform bieten wollen?

Wem es Ernst mit dieser Reform ist, wer unser Grundsatzprogramm gelesen hat, ist anderer Meinung.

Herr B.: "Wegen anderer wichtiger politischer Fragen verschob das Parlament die Urabstimmung bis Ende Juni."

Wir fragen: Was ist wichtiger, Machtkämpfe zwischen den extremen Linken um Herrn B.'s Sessel, oder eine von tausend Studenten geforderte Urabstimmung?

liste 1 ads



Mitglieder des LSD haben im letzten Semester die Arbeit der juristischen Fachschaft hauptsächlich getragen. Wir möchten Ihnen im Hinblick auf die Fachschaftsvollversammlung Rechenschaft über unsere Tätigkeit ablegen.

1. Herausgabe einer Fachschaftsbrochüre

- a) Die Aufgabe einer Fachschaft sehen wir nicht nur in organisatorischen Hilfestellungen für die Studenten (dazu siehe unten), sondern primär heißt "Vertretung der Studenteninteressen" : Durchbrechung der Ausbildung zum Fachidioten.
Dies kann nur gelingen, wenn die Zwänge, die heute die Studenten von einer wissenschaftlichen Arbeit weitgehend abhalten, problematisiert und zunächst theoretisch in ihrem Zusammenhang erkannt werden. Die Brochüre soll diese Diskussion anregen, und wir wollen sie in einem Arbeitskreis fortsetzen.
- b) Die Erläuterungen zu den Vorlesungen sollen die Auswahl der Lehrveranstaltungen für die Studenten erleichtern.

2. Studentische Vertretung in der Fakultät

Gemäß eines Beschlusses der Fachschaftsvollversammlung beantragten wir, daß zunächst 5 studentische Vertreter an den Fakultätssitzungen mit Stimmrecht teilnehmen. Dieser Antrag wurde vom den Professoren zuerst verschoben und dann ohne Begründung abgelehnt. Wir sind nicht bereit, uns dem Diktat der Professoren (2 studentische Vertreter) zu beugen. Fachschaftsvertreter nahmen seitdem an Fakultätssitzungen nicht mehr teil. 2 studentische Vertreter würden nichts erreichen können und nur die illegitime Herrschaftsposition der Professoren verschleiern.

3. Studienberatung

Dem bisherigen Beauftragten, RA Burck, wurde gekündigt, da er dieser Aufgabe unzureichend nachkam und zu teuer wurde. Wir haben die Studienberatung selbst übernommen, auf zwei Termine pro Woche ausgedehnt und damit eine Sprechstunde der Fachschaft verbunden.

4. Studien- und Prüfungsreform

Diese Arbeit wurde auf vier verschiedenen Ebenen verfolgt.

a) Gegenüber der Fakultät (Professorenschaft)

Die Fakultät richtete eine entsprechende Kommission ein. Wir beteiligten uns zunächst. Die Überlegungen verließen jedoch kaum den Rahmen der Münchner Reformbeschlüsse. So wurde z.B. der Wiethölder-Plan (siehe Fachschaftsbrochüre) gar nicht behandelt.

Im Rahmen der informellen Zusammenarbeit luden wir die Professoren zu einem Gespräch über Fragen der Studienreform ein. Wir unterbreiteten folgende Vorschläge: †

1. Zu Beginn einer Vorlesung stellen die Professoren Ihr Rechtsverständnis in einem Diskussionsbeitrag dar.
2. Einmal im Monat findet eine Kritik der Lehrveranstaltungen statt.
3. Interessierten Studenten wird in Übungen die Gelegenheit eingeräumt, an Stelle der Fallsubsumptionen Fallanalysen vorzuführen.

Einige Professoren kündigten experimentelle Lehrveranstaltungen in diesem Sinne an.

b) Gegenüber der Justizprüfungscommission

In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden Prof. Dr. Staff trugen wir zunächst vier Punkte zur Änderung der Prüfungsordnung vor:

1. Während der Prüfung wird ein offizielles Protokoll geführt, welches von allen Studenten eingesehen werden kann.

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Am 31. Oktober konnten alle Interessierten im Hörsaal H unserer Uni - versität die Ausführungen des NHB - Bundesvorsitzenden Krauß, Berlin, über das "Marburger Programm" des NHB hören.

- dasselbe "Marburger Programm", das Sie auf Ver- langen ab Donnerstag kostenlos erhalten können
- dasselbe "Marburger Programm", das unsere Vor- stellungen zur Hochschulreform aufzeigt

Damit konnte der NHB seine 3. Wahlkampfveranstaltung erfolgreich durch- führen, nachdem eine Veranstaltung durch die Machenschaften des AStA ausfallen mußte.

- derselbe AStA, der angeblich im Namen aller Stu- denten spricht (auch in Ihrem Namen?)
- derselbe AStA, der mit Ihrem Geld einseitige politische Propaganda betreibt
- derselbe AStA, der sich im Namen der Studenten mehrfach undemokratisch und gesetzwidrig verhal- ten hat

Sie können im November wählen! Tun Sie es, bevor es vielleicht morgen zu spät ist! Auch Nichtwählen hilft Ihrem Gegner! Wählen Sie die Ver- treter des NHB, des Nationaldemokratischen Hochschulbundes.

- derselbe NHB, der im SS 1968 mithalf, die Blok- kade zu brechen
- derselbe NHB, der im SS 1968 den sogenannten "autonomen AStA" platzen ließ
- derselbe NHB, der bereit ist, studentische In- teressen vorbehaltlos und konsequent - aber ohne Terror und Gewalt - zu vertreten

Lassen Sie sich unser Semesterprogramm geben! Informieren Sie sich, bevor Sie wählen - aber wählen Sie dann auch! Zur Information gehört auch die nachfolgende Veranstaltung, zu der wir Sie einladen:

- heute abend, Dienstag, 5. November 1968, spricht um 20.00 h c.t. in Hörsaal H Ulrich Kayo, MdL über "Staatsbürger und Freiheit"

Wählen Sie nächste Woche! Wählen Sie Vertreter Ihres Vertrauens.



ADS

Information nr. 2
Frankfurt, nov. 68

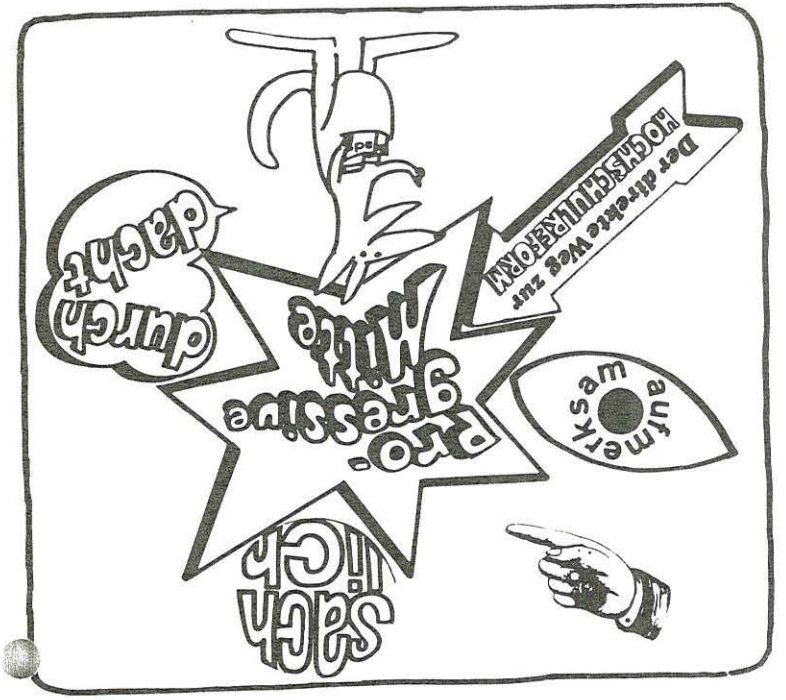
Lugbuch

1. Nach neuester Meldung soll H. J. Birkholz seinen politischen Staffellauf um eine weitere Station erweitert haben. Nach seiner Exkursion zur extremen Linken und dem Tête à tête mit der Universitätsadministration soll er jetzt verzweifelt zum NHB hinüberschielen.
2. ADS-Finanzchef H. D. v. Garnier hält sich momentan in Peking auf, um dort Gelder zur Tilgung der ADS-Schulden aufzutreiben.
3. H. J. Krahl hat sich bei der Redaktion des Gotha beschwert, weil vergessen wurde, ihn in der neuesten Auflage zu erwähnen.
4. Total erschöpft sind die nach Kuba entführten SHB-Mitglieder auf dem Frankfurter Flughafen gelandet. Ihr erstes Interview muß erst noch aus dem Chinesischen übersetzt werden.
5. SDS-Mitglieder sollen sich seit neuestem um Arbeitsplätze bemühen, um direkt Zu-



- gang zu durchschlagenden Argumenten für die bevorstehende Justizkampagne zu haben.
6. ADS-Geschäftsführerin S. Müller ist die Stelle als Concierge im SHB-Haus angeboten worden.
7. Lange Gesichter gab es beim Pfandleiher, als sich die "Amtskette" des Rektors als Imitation erwies. Damit brach die Finanzierung des ADS endgültig zusammen.
8. Büker (LSD, iur. Fachschrift) : "Bald haben wir die Fakultät im Eimer!"
9. Wie die Überprüfung der Personalien ergab, hört das Fräulein Vernini auf den seltsamen Namen Grieskram.
10. Kultusminister Schütte hat vorgeschlagen, die Bänke aus den Hörsälen zu entfernen, um so die Kapazität entscheidend zu erhöhen.
11. Der iuristische Fachschaftsvertreter M. Wolf (SDS) antwortete auf die Frage, ob er das BGB kenne : " Ist das eine Partei "

Das Aktionskomitee Demokratischer Studenten (ADS) vertritt die Auffassung, daß sich eine wirkliche und effektive Hochschul- und Studienreform nur durch eine Reform an der Basis erreichen läßt - d.h. die Neugestaltung muß innerhalb der einzelnen Fakultäten beginnen. - Die entscheidenden Forderungen hierfür hat das ADS auf den folgenden Seiten formuliert.



Vorgeschichte eines Programms

Die Debatte um eine Reform der Universität, die sich seit zwanzig Jahren mühsam dahin schleppt, ist an der Universität Frankfurt gleichsam über Nacht in ein neues, entscheidendes Stadium getreten: Im Sommersemester 1968 aktualisierte sich der Konflikt zwischen Professoren und Studentenschaft am äußeren Anlaß der Notstandssetzung durch den unmittelbaren Angriff auf die Universität. Massive Gewaltanwendung linksradikaler Studentengruppen — Blockade und Besetzung der Universität — begleitet von spektakulären Deklamationen — Umbenennung der Universität — richtete sich erstmals auch gegen die Interessen der Studenten selbst: In jenen Tagen trat an die Stelle der bisherigen Universität die Politische Universität des SDS als Instrument des Klassenkampfes. Damit wurde deutlich, daß weder der

SDS noch seine Satelliten SHB, LSD und HSW, aber auch nicht das andere Extrem NHB, Träger einer Hochschul- und Studienreform unter Wahrung elementarer demokratischer Freiheitsrechte sind und sein können. Aus diesem Grunde hat sich das ADS als fortschrittliche Mitte konstituiert, um den Studenten dieser Universität eine echte Alternative zu bieten. Dieser überparteiliche Zusammenschluß Frankfurter Studenten erfolgte aus dem Bewußtsein ihrer demokratischen Verantwortung heraus, den Angriff radikalere Kräfte auf die Universität abzuwehren, gleichzeitig aber den Kampf für eine zukunftsweisende Hochschul- und Studienreform aufzunehmen. Das vom ADS ausgearbeitete Programm soll die Grundlage dafür bieten, daß an der Universität Frankfurt studentische Interessen wieder sachlich und mit Nachdruck, jedoch unter Wahrung demokratischer Spielregeln vertreten werden. Sie erhalten unser Grundsatzzprogramm an den Verteiler-Ständern des ADS auf dem Universitätsgelände oder in unserem Büro, Westendstraße 97 für DM 0,30.

Zur Durchführung der Urabstimmung

Die mit den Wahlen zum Studentenparlament vom 11.–15.11.68 anstehende Urabstimmung ist vom ADS beantragt worden, nachdem es die erforderliche Unterstützung von 5 % der Studentenschaft erhalten hatte.

Nun ist die Studentenschaft aufgerufen, zu diesem Antrag auf **A u f h e b u n g** des Parlamentsbeschlusses vom 28.5.1968 Stellung zu nehmen.

a) „Das Parlament begrüßt die Besetzung und Umfunktionierung der Universität einschließlich des Rektorats.“

Das Parlament sieht hierin die einzig adäquate Reaktion auf die autoritäre Entscheidung von Rektor und Senat, als radikal konservative Minderheit, die Masse der Studenten und Lehrkräfte vom Universitätsbetrieb auszusperren. Das Parlament sieht in der Entscheidung des Senats den Versuch, die demokratische Notstandsopposition an der Universität Frankfurt bei der Organisation des Widerstandes massiv zu behindern. Das Parlament ruft die Studentenschaft auf, sich an den Seminaren, Aktionen und Agitationen vor den Betrieben in dieser Woche zu beteiligen, in denen die kritische Universität modellhaft antizipiert wird.“

b) „Das Parlament begrüßt, daß die Johann–Wolfgang–Goethe–Universität während der Dauer der kritischen Universität in Karl–Marx–Universität umbenannt wird. Damit wird die Umfunktionierung der Universität zu einer praktisch politischen Aktionsbasis der kritischen Studenten, Arbeiter und Schüler deutlich.“

Sie haben die einmalige Gelegenheit, mit Ihrem Votum dem Parlament für die Zukunft klar zu machen, daß es bei seinen Beschlüssen Ihre Interessen zu vertreten hat, nicht die einer radikalen Minderheit.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass eine Urabstimmung die demokratische Kontrolle des Studentenparlaments ist, dann werden auch Sie den Aufruf zum Boykott der Urabstimmung als einen Versuch werten, diese demokratische Kontrolle außer Kraft zu setzen.

Geben Sie Ihre Stimme ab, damit eine Beteiligung von 50 % erreicht wird, sonst wird das Ergebnis nicht veröffentlicht.

Wenn Sie für die Aufhebung der Parlamentsbeschlüsse sind, dann geben Sie in der Urabstimmung diesem Antrag Ihre

J A – Stimme.

Bei der Wahl hat jeder Student die Möglichkeit, erstens eine Liste anzukreuzen, zweitens innerhalb dieser Liste noch einmal drei Kandidaten anzukreuzen. Macht ein Student von der Möglichkeit, Kandidaten innerhalb der Liste anzukreuzen keinen Gebrauch, so erklärt er sich mit der Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste einverstanden. Das hat zur Folge, daß, wenn eine Liste mit X Kandidaten ins Parlament einzieht, den X ersten Kandidaten diese Listenstimmen zugerechnet werden. Wenn also nur wenige Studenten von der Möglichkeit der Persönlichkeitswahl Gebrauch machen, können die X ersten Kandidaten schwerlich überrundet werden.

Machen Sie deshalb von der Möglichkeit der Persönlichkeitswahl Gebrauch, wenn Sie das wünschen.

DB (Demokratischer Block)

Krampfhafter Versuch einer linken Einheitsliste. Wie im vergangenen Jahr geben sich SHB, GEW und HSU den Anstrich der Einigkeit. Aber ein Unterfangen, das sie auch diesmal nicht verwirklichen können. Allein aus Proporzgründen mußte ihre Liste 27 Kandidaten umfassen, und noch sind die Kämpfe um die Pöstchen im Asta nicht ausgetragen.

Nur am Rande sei erwähnt, daß zur ideologischen Untermauerung die Herren Katarsky und [redacted] vom SDS abgestellt wurden.

LdM (Liste der Mediziner)

Was einstmals der Versuch fachgerechter Vertretungen war, dient heute zur Tarnung von SDS- und LSD-Kandidaten. Eine überflüssige Liste, die den studentischen Wähler unter dem Deckmantel sachlicher Arbeit in die Irre führen soll.

Liste der Hochschulpolitik

Diese Liste hieße besser: Liste zur Sicherung der politischen Karriere des Herrn Birkholz. Herr Birkholz hat das Kunststück fertiggebracht, sich sowohl zu der extremen Linken als auch zu der Universitätsadministration loyal zu verhalten. Die Frage ist, wie lange er diese Schaukelpolitik noch weiterführen soll?

SD (Liberaler Studentenbund Deutschlands)

Keine Droge noch eigenständige politische Konzeption. Seit den Tagen des Streikkomitees be-

gelassen sind lediglich Listen, d.h. Wahlgemeinschaften, und nicht die Hochschulgruppenwahlverfahren nach d'Hondt klare Mehrheiten gewährleisten sollen.

Das Wahlsystem für das Studentenparlament stellt eine Mischung von Persönlichkeits- und Listenwahl dar, wobei durch das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt klare Mehrheiten gewährleistet werden sollen.

dingungsloses Übernehmen der SDS-Ideologie. LSD und SDS beabsichtigen, sich zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen ideologischen Ziele noch enger zusammenzuschließen.

NHB (Nationaldemokratischer Hochschulbund)

Nationale Ressentiments und rassistische Arroganz unter dem Deckmantel der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit. Wir brauchen keinen NHB als verlängerten Arm der NPD im Parlament, denn sie werden nie lernen, was Demokratie ist.

SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)

Versucht seit Monaten die ideologische Untermauerung seiner Aktionen abzuleiten. Leider handeln die Genossen oft schneller als ihnen die Gehirne der Chefideologen folgen können. Ebenso schizophoren ist ihre Kandidatur für das Studentenparlament, denn hier unterstützt der SDS eine Institution, die er bisher mit allen Mitteln bekämpft und nur als Plattform für den politischen Widerstand anerkannt hat, niemals aber als Institution für sachliche Arbeit im Interesse der ganzen Studentenschaft.

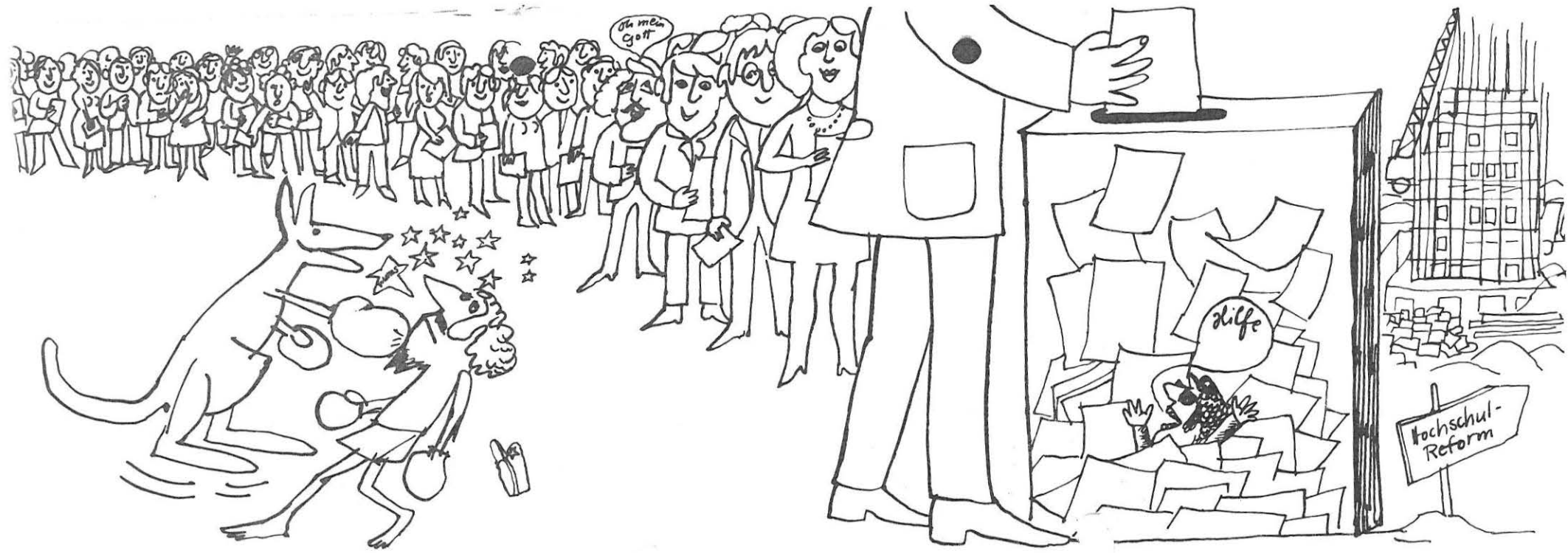
Handwritten notes in the bottom right corner, partially obscured by a green mark.

Kandidatenliste des ADS

(Aktionskomitee Demokratischer Studenter
für die Wahl zum Studenteparlament der
Legislaturperiode 1968/69

1. stud. iur. GÖBEL, Uwe (AHP)
2. stud. iur. BAUER, Dietmar
3. stud. rer. pol. v. GARNIER, Hans Detlev
4. stud. iur. MÜLLER, Sybille
5. stud. phil. DAUS, Martin (AHP)
6. cand. med. GRAVENHORST, Bernd
7. stud. rer. nat. PREGLER, Michael S.
8. cand. med. CONRAD, Hanns-Christian (AHP)
9. stud. iur. KREUTZMANN, Marlies (AHP)
10. stud. sc. ed. GROTE, Rolf
11. stud. rer. nat. et phil. KUNH, Hans Joachim

12. stud. iur. BENKEL, Gert (AHP)
13. cand. med. dent. GRAEFF, Klaus D.
14. stud. rer. pol. MEES, Peter Ingo (AHP)
15. stud. rer. pol. KITTEL, Werner
16. stud. sc. ed. MANUS, Christiane
17. stud. rer. nat. GSELL, Rainer
18. stud. rer. nat. REINKOBER, Peter
19. stud. iur. SCHLICHTING, Peter
20. stud. rer. pol. BUNGER, Klaus (AHP)
21. stud. phil. SIMONSEN, Klaus



ads

verteilt No. 1058

6. Frankfurt/M, 4.11.68

DER SDS ZERREIßT DIE INTERESSEN DER STUDENTENSCHAFT

In der neugegründeten Handlungseinheit zwischen LSD und SDS wurde der letzte Hoffnungsschimmer, die extreme Linke würde sich für eine Hochschulreform einsetzen, zerstört.

Dazu FAZ vom 4.11.68:

K R A F T P R O B E

S U

Die Sprengung der Tagung der Hochschulgesellschaft am Wochenende in der Universität war eine exemplarische Lektion in SDS-Strategie. Ihr Ziel, die Umfunktionierung der Diskussion über das Bildungswesen zu einer Debatte über den Justizterror, mißlang zwar. Aber immerhin schaffte es der SDS, daß auch die Tagung der Gesellschaft in die Brüche ging.

Wenn diese Veranstaltung ein Indiz ist, kann man nicht hoffen, daß die SDS-Leute in den Semesterferien etwas reifer und kritischer gegenüber ihrem eigenen Tun geworden seien. Dies war die erste Kraftprobe des neuen Semesters. Das Revolutionsspiel im geborgten Habit, mit abgeguckten Gesten und angelesenen Vokabeln soll fortgesetzt werden.

Der wahre Streit am Freitag Abend in der Universität ging nicht über Hochschulfragen und auch nicht über die Justiz. Denn als ein Teil des SDS nach anderthalbstündigem Vertagungsstreit im Hörsaal zurückgelassen wurde, um über den Justizterror debattieren zu können, ging diesen Leuten schnell der Stoff aus. Es war eine Kraft- und Machtprobe.

Eine herrschaftsfreie Diskussion, wie sie einer der Linken von dem Versammlungsleiter Kogon forderte, lebt von Argumenten.

D e r S D S h a t t e k e i n e !

Aber er hatte Transparente gegen den Rektor und die Klassenjustiz, Megaphone, Rauchkerzen, rohe Eier und mehrere Chöre und eine Claque mitgebracht, deren rythmisches Klatschen alles untergehen lassen konnte, was er nicht anhören wollte.

Der V D S schläft:

Der Vertreter des VDS erklärte in der Diskussion, er sei zu müde, eine Stellungnahme abzugeben.

Denken Sie daran, daß nächste Woche Wahlen zum Studentenparlament sind und sich diese Gruppen um Ihr Vertrauen bewerben, immer noch unter dem Deckmantel, die essentiellen Interessen der Studentenschaft zu vertreten.

7.11.68

MEMORANDUM

der Juristischen Fachschaft der J.W. Goethe-Universität zur Vorlesung "Einführung in die Rechtswissenschaft" von Prof. Erler.

Sachverhalt:

Prof. Erler führt in diesem Semester zum ersten Mal die Vorlesung "Einführung in die Rechtswissenschaft" durch. Sie findet Dienstags und Donnerstags jeweils von 10 - 11 Uhr im Hörsaal O statt. Die ersten Stunden führten zu Klagen von Erstsemestern über Gestaltung und Inhalt der Vorlesung. Vorlesungsteilnehmer und Fachschaftsvertreter versuchten daraufhin, mit Prof. Erler über Ausführungen zum Beruf des Richters und zum Problem der Gerechtigkeit zu diskutieren. Das geschah am Donnerstag, d. 30. 10. Zum Inhalt dieser Diskussion vgl. den "Offenen Brief" der Juristischen Fachschaft. 10 Minuten vor Schluß der Stunde brach Prof. Erler die Diskussion unter dem Hinweis ab, daß er "Art und Umfang der Vorlesung bestimme". Am Dienstag, d. 4. 11., legte die Fachschaft Prof. Erler und den Vorlesungsteilnehmern einen "Offenen Brief" vor, in dem eine Diskussion über den Inhalt einer "Einführung in die Rechtswissenschaft" vorgeschlagen wurde. Die bisherigen Ausführungen Prof. Erlers wurden kritisiert, zugleich wurde in Stichworten der Rahmen einer solchen Veranstaltung umrissen. Prof. Erler erklärte auf Befragen, "er habe für die Vorlesung kein Konzept, er taste sich so heran". Stattdessen verlangte er von den Fachschaftsvertretern ein Konzept und kündigte an, daß Herr Kath, der Geschäftsführer des Studentenwerks, während der kommenden Stunde über Stipendienfragen referieren solle. Vorhalte, daß solche Ausführungen nicht in den Rahmen einer "Einführung in die Rechtswissenschaft" gehörten, und daß entsprechende Informationen anderwärts sinnvoller gegeben werden sollten, blieben unbeachtet.

Am selben Nachmittag kam es zu einem telefonischen Gespräch zwischen dem Dekan der Fakultät Prof. Lüderitz und dem Fachschaftssprecher Herrn Schacht (LSD). Der Dekan machte den Vorschlag, die Vorgänge - und zwar Form- und Methodenfragen - in einem internen Gespräch der Beteiligten zu klären. Der Fachschaftssprecher lehnte dies mit dem Hinweis ab, daß nur eine öffentliche Diskussion mit den Betroffenen über die inhaltliche Gestaltung einer "Einführung in die Rechtswissenschaft" in Frage komme. Nach der privaten Meinung des Dekans "Wolle die Fakultät nicht tatenlos zusehen und werde entsprechende Maßnahmen ergreifen". Prof. Lüderitz erklärt weiter, daß er die Auffassung Prof. Erlers teile, wonach der Ordinarius "Art und Umfang der Vorlesung bestimme", weiter betrachte er die Juristische Ausbildungsordnung nicht für sich verbindlich. Es wurde ein weiteres Telefonat für Mittwoch vereinbart, um Entscheidungen der betroffenen Gremien herbeiführen zu können.

Am Mittwochnachmittag zweites Telefongespräch zwischen Dekan und Fachschaftssprecher: "Die Fakultät biete eine öffentliche Diskussion an, jedoch außerhalb der Vorlesungszeit, da sonst die Lehrveranstaltung verunmöglicht werde". Herr Schacht erwiderte, daß die Vorlesung sich durchaus selbst thematisieren können und ihm die Haltung der Fakultät deshalb völlig unverständlich sei, da man Herrn Kath zu einem Referat gebeten habe, was in keinem Zusammenhang mit einer "Einführung in die Rechtswissenschaft" stehe. Prof. Lüderitz bestritt dies.

In einem weiteren Telefonat teilte der Fachschaftssprecher am Abend mit, daß die Fachschaft die Vorlesung besuchen und dort ein eigenes Konzept zur inhaltlichen und didaktischen Gestaltung der "Einführung" zur Diskussion stellen werde. Prof. Lüderitz bedauerte dies und kündigte an, daß die Fakultät alles unternehmen werde, um den "Vorlesungsbetrieb" aufrecht zu erhalten.

Die Vorlesung am Donnerstag begann in Abwesenheit von Prof. Erler und Herrn Kath. Anwesend waren zu 90 % Erstsemester, Fachschaftsvertreter, einige Studenten älteren Semesters und Assistenten. Die juristische Fachschaft übergab den Studienanfängern eine Broschüre des VDS zur "Stipendienbeschaffung". Der AstA-Vorsitzende Birkholz hatte Herrn Kath, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Studentenwerks, ein Referat in dieser Vorlesung untersagt, da die Studenten über den Inhalt dieser Vorlesung diskutieren wollten (vgl. Brief Birkholz an Kath).

Die Fachschaft verteilte weiter ein Flugblatt, das ein Konzept (Themen, Themenbereiche) für eine "Einführung in die Rechtswissenschaft" enthält (vgl. Flugblatt der Fachschaft). Als das vorgelegte Programm diskutiert werden sollte, betrat Prof. Erler in Begleitung seines Assistenten, Herrn Sellert, den Raum. Wutentbrannt unterrichtete er die Anwesenden davon (das war vorher bereits durch den Fachschaftssprecher geschehen), daß Herr Birkholz Herrn Kath ein Referat untersagt habe. Prof. Erler erklärte, "er sei der Herr der Vorlesung". Er sagte: "Er dulde keine Wortmeldungen, außer von Erstsemestern". Als sich daraufhin Herr Thomas, (LSD, 1. Semester) zu Wort meldete, schloß Prof. Erler für diese Vorlesung grundsätzlich jede Wortmeldung aus. Eine Äußerung des Fachschaftssprechers quittierte Prof. Erler mit dem Ruf, "Gehen Sie raus". Nach Zwischenrufen verließen Prof. Erler und Herr Sellert, sowie etwa 20 Studenten den Raum. 80% der Erstsemester und die anderen Anwesenden diskutierten im weiteren Verlauf der Stunde über Form- und Methodenfragen, den Wissenschaftsbegriff nach Art. 5, 3 GG, sowie über mögliche Disziplinierungsmaßnahmen der Fakultät. Es wurde vereinbart, die Veranstaltung am kommenden Dienstag fortzusetzen. Themen sollen der Vorschlag der Juristischen Fachschaft und, sofern möglich, Beiträge zum Problem des "Schuldstrafrechts" sein. Zu diesem Zweck wurde ein Arbeitspapier mit zwei Sachverhalten und Literaturangaben verteilt.

Inzwischen distanzierte sich Prof. Diestelkamp von "Form und Inhalt" der "Aktion Erler". Er wies die Vorlesungsteilnehmer (Sachenrecht) darauf hin, daß in der nächsten Woche Studentenwahlen seien, und daß man sich überlegen solle, ob man LSD wähle.

Politische Situation

Prof. Erler und die Juristische Fakultät lassen Diskussionen in Vorlesungen nicht zu, sofern sie nicht über deren Inhalt bestimmen können. Wehren sich Studenten gegen eine unzumutbare Vorlesung und ergreifen sie Maßnahmen, um einen Lehrbetrieb nach den Normen der JAO zu gewährleisten, werden sie individuellem und kollektivem Druck ausgesetzt. Die Fakultät droht Maßnahmen an.

Konzept "Einführung in die Rechtswissenschaft"

Dem Konzept der Fachschaft liegen verschiedene Aspekte studienreformersicher Natur zugrunde.

1. Eine systematische Rechtswissenschaft, vor dem Hintergrund des Strukturwandels vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat, existiert nicht mehr. In einer Einführung müssen die relevanten Problemzonen des Rechts aufgezeigt werden.
2. Die Erarbeitung des Stoffs hat in einem "herrschaftsfreien Raum" zu erfolgen (kein Ordinarienprinzip).
3. Eine Einführung hat an Hand des praktischen Erfahrungsbereiches b.w.

von Erstsemestern zu geschehen.

4. Die theoretische Arbeit ist mit praktischen Einsichten (z.B. Gerichtspraxis) zu verknüpfen.
5. Die Stoffbearbeitung hat weitestgehend selbsttätig zu erfolgen. Beiträge werden von Arbeitskreisen vorbereitet.
6. Bei einer "Einführung in die Rechtswissenschaft" sollen auch Vertreter anderer Disziplinen beteiligt werden.

Situation am Donnerstagabend

In einer Pressemitteilung der Presse- und Informationsstelle der J.W.Goethe-Universität wird von allen juristischen Hochschullehrern (Mit Ausnahme der Professoren Wiethölder und Gudian) erklärt:

"Um der gesamten Studentenschaft, der Universität und der Öffentlichkeit den Ernst der Lage vor Augen zu führen, werden wir heute, Donnerstag, den 7.11., ab 15 h und am Freitag, den 8.11., keine Vorlesungen und Übungen halten."

Die Professoren "beantworten" eine Vorlesungskritik mit einer allgemeinen Aussperrung. Die Professoren werten eine Vorlesungsinterne Öffentlichkeit in eine "spektakuläre" Aktion aus, die die unmittelbaren Interessen aller juristischen Studenten berührt.

Dieser auf Fehlinformationen beruhende Entschluß war mehr als leichtfertig.

Er zeigt, daß die feudale Verfassung der Universität ein professorales Bewußtsein prägt, das "Standesschranken" nicht überspringen kann.

Die Studentenschaft kann diese Repressionen nicht ohne Widerstand hinnehmen!

Die hier vorgelegten Informationen wurden der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz der Juristischen Fachschaft am Donnerstag, den 7.11. um 17 h zugänglich gemacht.

Für Freitag, den 8.11. wurde ein T E A C H I N der Fachschaft um 10 h in Hörsaal V angesetzt.

ads

11. Nov. 1968

Schwach, schwächer. DB!

Nach alterprobtem Klassenkampfrezept hat der DB seine Waffen für den Wahlkampf gewetzt: Der Gegner hat grundsätzlich Unrecht und ihn gilt es zu schlagen, wo man ihn trifft.

Diese Strategie dient zweifelsohne der Belebung des Wahlkampfes - nur die Sachlichkeit geht dabei vor die Hunde - leider!

Volle zwei Seiten eines Flugblatts widmet der DB dem ADS - vielen Dank !!!

Weniger fein finden wir allerdings, daß uns ein Kandidat des DB mit Gericht und Rechtsanwalt gedroht hat, um das ADS mundtot zu machen.

Viel Sachliches hat die Linke nicht zu bieten, dafür um so mehr Ungereimtes und Erlogenes. Man wirft dem ADS zum Beispiel ein eigenes Büro vor, während der SHB vor kurzem stillschweigend ein ganzes Haus bezogen hat.

Man sollte nicht den Splitter im Auge des anderen sehen, solange man selbst ein Brett vor dem Kopf hat.

Geradezu plump versucht man dort Beziehungen zu konstruieren, wo sie am allerwenigsten bestehen.

Die Absicht, unsere Reformvorschläge als Tarnung hinzustellen, uns als Wolf im Schafpelz zu deklarieren, zeigt uns, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, daß wir genau den Punkt erreicht haben, an dem wirkliche Reformen beginnen.

Deshalb werden wir unsere Politik konsequent fortsetzen, um endlich jenes Ziel zu erreichen, das der DB vorgibt anstreben zu wollen.

Aber anscheinend hat der Demokratische Block anderes im Sinne, sonst würde er das ADS unterstützen.

Es bleibt keine andere Wahl:

A D S

11. Nov. 1968

DEMOKRATISCHER BLOCK (SHB + GEW - HSU), Liste 2 DEMOKRATISCHER

Sind die Wirtschaftswissenschaften ein Stabilisierungsfaktor für die aktueller Herrschaftsverhältnisse??

Nachdem die neo-liberalen Verfechter der uneingeschränkten Unternehmerfreiheit wissenschaftlich und physisch aussterben, vollzieht sich nun eine Wandlung hin zur "wertfreien", technokratischen Wissenschaft. In Frankfurt manifestiert sie sich in mathematisch-deduktiv erzeugtem Modellfetischismus (vgl. Saueremann), der auf teilweise völlig irrationalen Prämissen aufbaut und dennoch, zumindest unbewußt, als Rechtfertigung für eine scheinbar optimale Wirtschaftsordnung herhalten muß. Zentrales Kriterium ist lediglich die wirtschaftliche Effizienz, resp. Gewinnmaximierung oder etwas verbrämter: Nutzenmaximierung. Dies trifft für die Masse der betriebswirtschaftlichen Veranstaltungen ebenso zu, wie für die wirtschaftspolitischen Veranstaltungen (insbes. Meinhold, aber auch bei Kantzenbach). Dasselbe gilt für die Finanzwissenschaft.

Doch eine Frage, die nun in der Regel übergangen wird, schließt sich hier notwendigerweise an:

WEM DIENST SOLCHE WIRTSCHAFTLICHE EFFIZIENZ IN ERSTER LINIE?

Ein gutes aktuelles Anschauungsfeld für diese Frage bietet die "konzertierte Aktion", eine Verkörperung technokratisch verstandener Wirtschaftspolitik. Hier wird, zugunsten einer größeren wirtschaftlichen Effizienz, auf Jahre hinaus eine ungerechte, und damit unsoziale Einkommensverteilung zementiert.

Hier liegt das Resultat deutlich vor uns. Gesamtwirtschaftliche Effizienz, als ausschließliches Kriterium, dient hier letzten Endes zur Stabilisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse.

Wir sehen nicht ein, daß der Wissenschaftsbegriff in dieser Weise interpretiert wird, weil wir wissen, daß diese Art von "Wertneutralität" politisch äußerst relevant ist, eben als Stabilisierungsfaktor.

Man muß also das Kriterium der wirtschaftlichen Effizienz ergänzen durch die neue, entscheidende Dimension, die sich in der Forderung nach "REALISIERUNG DER EMANZIPATION DER MENSCHEN" manifestiert. Das bedeutet, daß wir uns z.B. bei der Beurteilung dieses oder jenes wirtschaftlichen Koordinationssystems, oder bei der Entscheidung für diese oder jene Disposition permanent fragen müssen: inwieweit berühren sie unsere GRUNDFORDERUNG nach der Emanzipation aller Menschen im Produktionsprozeß. Wissenschaftliche Forschung muß unter inhaltlich humane Forderungen gestellt werden; sie darf sich nicht von einem sozialen Bezugsrahmen lösen.

Zu diesem Problem ist der Beitrag unserer wissenschaftlichen Veranstaltungen gleich null. Auf dem Boden einer "Wissenschaft", die die Prämissen, von denen sie ausgeht, nicht eigens zum Problem macht, beschränkt sich die Rolle der Kritik lediglich auf die korrekte Handhabung methodologischer und formallogischer Regeln sowie auf eine positivistisch beschnittene Ideologiekritik.

Hier ergibt sich für uns jetzt die Konsequenz, auf Grund einer exakten Analyse der Lehrveranstaltungen unsere inhaltliche, aber auch methodische Kritik herauszuarbeiten und über Parlament, sowie Fachschaft und Basisgruppen, in den Lehrbetrieb hineinzutragen.

Wählen Sie den DEMOKRATISCHEN BLOCK, Liste 2

SHB + GEW - HSU - SHB - GEW - HSU - SHB - GEW - HSU - SHB - GEW - HSU

12.11.68

Hochschulstrategie des DEMOKRATISCHER BLOCKES

Der Demokratische Block versteht sich als Transmissionsserien zwischen außerparlamentarischer Opposition und den etablierten Institutionen. Eine partielle Kooperation und Mitarbeit wird nicht prinzipiell ausgeschlossen oder ausgeschlossen werden können, sondern nach den konkreten Bedingungen entschieden werden müssen. So hat beispielsweise der SHB auf die ihm formell zustehenden Sitze in höheren Parteigremien verzichtet, ausgehend von der Erfahrung, daß eine Veränderung der Politik der Partei von oben her nicht möglich ist. Wir wollen und können jedoch nicht darauf verzichten, in Gremien mitzuarbeiten, die zwar auch etablierte Institutionen sind, die jedoch - wie z. B. ASTA und VDS - demokratischer strukturiert und politisch effektiver sind. Es wäre zum einen ein völlig unpolitischer Purismus, wollte man aus prinzipiellen Erwägungen gegen Parlamentarismus und Bürokratie den ASTA rechten Gruppen überlassen, damit zugleich auf eine potentielle Einflußnahme auf universitäre Gremien verzichtet. Man wird sicher von Fall zu Fall prüfen müssen, inwieweit Beschlüsse, die auf Plebiszitär-egalitärem Wege zustande gekommen sind, qualitativ höher zu bewerten sind als solche des Studentenparlaments; es wäre jedoch politischer Euphorismus, wollte man eine permanente Massentese als politisches Entscheidungszentrum annehmen.

Qualitative Veränderungen an der Universität, d. h. eine Veränderung des Lehrinhalte, der Seminarpraktiken, der studentischen Beteiligung an Berufungen, Etatplanungen usw. werden durch direkte Aktionen nicht erreicht werden können, sondern bedürfen zäher institutioneller Kleinarbeit. Wir können und wollen nicht darauf verzichten auf eine immanente Verbesserung der Universität; daher beteiligen wir uns an Institutsräten, Fachschaften, Universitätsgremien vornehmlich mit der Absicht, die Universität zu reformieren, wobei Maßstab der von uns akzeptierbaren Reformen ist, inwieweit sie geeignet sind, das System zu überwinden und Ansatzpunkte für eine Veränderung der Gesellschaft zu bieten. Dabei wenden wir uns gegen jene reformistischen Bestrebungen, die - unter Anerkennung kapitalistischer Rationalitätsgesichtspunkte - lediglich eine Effektivierung des Studiums und einen höheren Output an Fachidioten beabsichtigen. Daher müssen wir das Hessische Hochschulgesetz als reformistisches Modell ablehnen, weil es den Studenten Mitbestimmung suggeriert, wo es ihnen allenfalls ein Mitdabeisein zugesteht. Zu fordern sind Reformen, die den Studenten wirkliche Machtpositionen bieten, von denen aus das System zu transzendieren ist. Dabei können diese Machtpositionen sowohl zur Aufzeigung von Konflikten und antagonistischen Widersprüchen, d. h. zur Politisierung der Studenten benutzt werden als auch b. w.

immanenten Strukturverbesserung der Universität. Zentral bleibt jedoch, daß wir Reformen ablehnen, die lediglich der Harmonisierung von objektiv weiterbestehenden Gegensätzen dienen und die bestehende Unruhe unter den Studenten nur befrieden wollen.

Wir sind andererseits aber auch nicht der Meinung, daß eine Demokratisierung der Universität ohne eine vorhergehende Demokratisierung der Gesellschaft unmöglich ist; vielmehr müssen wir auch in einer undemokratischen Gesellschaft eine demokratische Universität anstreben: Opposition also gegen reformistische Politik, Opposition aber auch gegen politische Praxis, die darauf verzichtet, radikal-demokratisch die Bestände eines demokratischen Zusammenlebens zu verteidigen, ohne die bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen politische Praxis nicht möglich ist

Das allerdings impliziert den Versuch, eine Isolierung der Studenten zu verhindern und für diesen radikaldemokratischen Kampf eine breite So-
dalisierung zu erreichen. Voraussetzungen dafür sind massenhafte Auf-
klärung, Mittel direkte Aktionen. Daher ist primäres Ziel von Aktionen
Aufklärung über und Veränderung von unhaltbaren Zuständen, keineswegs
aber die Konsolidierung disparater Gruppen oder gar die Stabilisierung
der Persönlichkeit der Demonstranten.

Es soll hier nicht einer praxislosen Theorie das Wort geredet werden, doch werden wir uns gegen einen blinden Aktionismus, der sich abschirmt, "gegen das intellektuelle Eindringen in die Materie eines Faches zugunsten einer verselbständigten revolutionären Dauerbereitschaft". (Habermas)

Im Kampf um eine demokratische Hochschule und Gesellschaft gilt es vor allem, zwei Gefahren zu vermeiden: zum einen eine sektiererische, isolationistische Position der Studenten, von der aus progressive Studenten nur noch ~~Hyxixix~~ die wandelnden Harlekinen des Systems sind; zum andern auch eine reformistische Kabinettpolitik, die aus Angst vor entpolitisierten Massen grundsätzlich auf provokative und spektakuläre Aktionen verzichtet und sich damit kampflös den Spielregeln des Systems anpaßt.

"Kampf für eine demokratische Universität
ist Kampf für eine freie Gesellschaft...

...Kampf für eine demokratische Gesellschaft
ist Kampf für eine freie Universität"

Liste 2: DEMOKRATISCHER BLOCK

DEMOKRATISCHER BLOCK: Liste 2

SHB GEW HSU SHB GEW HSU SHB GEW HSU SHB GEW HSU SHB GEW

JURISTISCHE FACHSCHAFT JURISTISCHE FACHSCHAFT JURISTISCHE FACHSCHAFT

Anträge der Juristischen Fachschaft zur a.o. Fachschaftsvollversammlung am Dienstag, dem 12. 11. 1968:

- 14.00 h
15.00 h
- 1) Die Aussperrung wird aufs Schärfste verurteilt.
 - 2) Es erfolgen weder disziplinarische noch strafrechtliche Maßnahmen, noch sonstige Sanktionen gegen die an der gegenwärtigen Auseinandersetzung beteiligten Personen. Jeder Druck gegen diesen Personenkreis wird adäquate Gegenmaßnahmen der Studenten hervorrufen.
 - 3) Die finanziellen Unkosten, die der Fachschaft aus Anlaß der jetzigen Vorfälle entstanden sind, werden von der Fakultät ersetzt.
 - 4) Die Fakultät veröffentlicht das bzw. die Memoranden von Professor Erler in ausreichender Auflage.
 - 5) Professor Erler wird aufgefordert, in der Vorlesung "Einführung in die Rechtswissenschaft" ein eigenes Konzept vorzulegen (unter Berücksichtigung von Rechtstheorie, Methodologie und Didaktik) und das Konzept mit den Studenten zu diskutieren.

15.00 -
16.00 h

6) Die Entscheidung über den weiteren Inhalt der Vorlesung (Einführung in die Rechtswissenschaft) wird nach der Diskussion von allen Betroffenen gefällt.

17.00 h

7) Der Lehrende stellt zu Beginn einer Lehrveranstaltung sein Konzept in einem Diskussionsbeitrag dar, aus dem ersichtlich wird, unter welchen rechtstheoretischen, methodischen und didaktischen Aspekten etc. er Inhalt und Form seiner Vorlesung bestimmt.

8) Zugleich sind die Formen des Leistungsnachweises in Übungen und Prüfungen zu problematisieren.

9) Die Studentenschaft wird an den Gremien der Fakultät mit einem Drittel beteiligt. Die Aufstellung eines Negativkatalogs (Berufungen etc.) unterbleibt.

Wir fordern die Öffentlichkeit aller Entscheidungsprozesse innerhalb der Fakultät:

- a) Mündliche Prüfungen sollen allen Studenten zugänglich sein.
- b) Während der Prüfung ist ein offizielles Protokoll zu führen, das jederzeit eingesehen werden kann.
- c) Ein Vertreter der Fachschaft nimmt an den eigentlichen Prüfungsberatungen als Beobachter teil.
- d) Sämtliche Prüfungsunterlagen können auf Verlangen eingesehen werden.
- e) Fakultätssitzungen sind öffentlich.

Die Juristische Fachschaft fordert die Fakultät auf, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

JURISTISCHE FACHSCHAFT JURISTISCHE FACHSCHAFT JURISTISCHE FACHSCHAFT

12.11.68

NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Sie waren noch nicht wählen? Tun Sie es jetzt gleich, bevor es andere für Sie tun! Überlegen Sie, welche demokratischen Listen zur Wahl stehen!

KEINE STIMME DEM ADS - KEINE STIMME DER HETZE

Wenn Sie die letzte Wahlbroschüre des ADS aufmerksam gelesen haben, wird Ihnen nicht entgangen sein, daß sich dieses ADS ("progressiv demokratisch") nicht scheut, in einer Art Torschlußpanik alle an der Wahl beteiligten Gruppen zu verunglimpfen.

ADS - DIE NEUE FORM DER DEMOKRATIE?

Zweifellos steht es jeder politischen und sonstigen an der Wahl beteiligten Gruppen frei, ihre Meinung zu ihrem politischen Gegner zu veröffentlichen. Das ist demokratisches Recht. Das ADS geht aber dazu über, in rein polemischer und dazu noch erschreckend reaktiver Weise seine Gegner abzuqualifizieren, so z.B. dem NHB "rassistische Arroganz" vorzuwerfen, anderen Gruppen "Konzeptionslosigkeit".

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Uns wundert es nicht! Die Werbeagentur, die für teures Geld (woher?) den Wahlkampf des ADS anlegte, folgt der Meinung unserer Zeit, wonach jeder politische Gegner mit allen (!) Mitteln bekämpft werden muß. Wer hier niemals "Demokratie lernt (aus ADS)", zeigt sich.

DIE TARNUNG FÄLLT

Was sich uns allen als "die" Opposition anpreist und sich zeitgemäß als "Aktionskomitee" getarnt hat, erweist sich nunmehr in Wahrheit als CDU / RCDS - Liste in neuer Verpackung. Jetzt erklärt sich auch, warum der RCDS nicht kandidiert.

WÄHLEN JA - ABER KONSEQUENT UND EHRlich

Wenn Sie bei der Wahl Ihre Stimme für die Demokratie, für eine sachliche und reelle Hochschulreform abgeben wollen, dann seien auch Sie konsequent und ehrlich. Unser Programm und unser Wahlkampf sprechen für sich - wir fügen nichts (vor allem nichts unsachliches) hinzu!

NHB - KONSEQUENT UND EHRlich

NHB - DIE LISTE DER OPPOSITION - LISTE 6

Schreiben Sie uns: NHB Frankfurt/Main - Universitätspostlagernd
Besuchen Sie uns: freitags 19.00 h - 22.00 h, NHB-Geschäftsstelle

13.11.68

ads

E s i s t z u m S c h i e ß e n !

Erst bittet man Sie, bei der Urabstimmung mit "NEIN" zu stimmen. Also bewußt zu sein.

Dann kommt das neue Bewußtsein:

Das beste, das es je gab !!

Nämlich gar nicht mit abzustimmen.

Die Linkokraten haben Angst, ihre Fehler während der Notstandskampagne könnten sie öffentlich bescheinigt bekommen.

Darum schießt man jetzt mit allen Rohren auf Sie.

Lassen Sie den Schuß nach hinten losgehen !!

Seien Sie so subtil, wie DB, SD_s und LSD es Ihnen nicht zutrauen.

Führen Sie die Herren v o r d a s L i c h t .

Mit Ihrem Stimmzettel.

Jetzt sitzen Sie am Drücker, wagen Sie den "Goldenen Schuß" !!!:

Sie wissen ja:

"Kimme, Korn"

KURZE EXPERIMENTE I

Allein was Professoren von ihren Kathedern produzieren ist Wissenschaft, wollen die Studenten auch mal, dann haben sie sich nahtlos anzugleichen - besser noch: sie reproduzieren wörtlich. Das ist, kurz gesagt, das Fazit aus 2 halben Vorlesungsstunden, in denen der übliche Monolog gestört wurde durch eine Diskussion über Mißstände am slavischen Seminar - seien sie nun als Basisgruppe oder als Autoritätsstrukturen festzumachen. Hieß es da nicht unter anderem: Es gibt immer noch einen Bereich, wo man ohne Parteinahme um Wahrheit bestrebt ist, und wurde da nicht auch gesagt, Wissenschaft sei immer objektiv, ihre Politisierung zerstöre sie nur?

Keine Argumentation rechtfertigt das Vorgehen der Basisgruppe mehr als diese, keine kann es dringlicher machen, die Affinität slavistischer Wissenschaftlicher Praxis zum Faschismus (gegenwärtig mehr als historisch) zu untersuchen. Indem eine Wissenschaft derart ihre gesellschaftlichen Implikationen (d.h. die Folgen ihrer Praxis) ausklammert, liefert sie sich umso hilfloser der Politik aus. Herrschaft greift desto ungenierter, weil ignoriert, in den Wissenschaftsbetrieb ein. Die Flucht in die Innerlichkeit - nichts anderes bedeutet "reine" Wissenschaft - war es u.a., die den Faschismus begünstigte.

Hilflos wie unter dem Faschismus - also in schöner Kontinuität - zeigt sich die Wissenschaft im nachfaschistischen Deutschland: im Elfenbeinturm wie eh und je. Der Faschismus bleibt unbegriffen und damit auch, daß man mit der Abgabe an die Politik alles andere erreicht, als ihr zu entkommen. "Es ist eine wissenschaftstheoretische Illusion, sich von Entpolitisierung und Reduktion auf Formelles sozusagen hinterrücks ... nun doch einen politischen Effekt zu versprechen: den einer 'politischen Immunität'. Vielmehr ... vermag nur die Reflexion auf gesellschaftliche wie politische Gehalte der Wissenschaft diese Gehalte, die man eh nicht los wird, zu kontrollieren und dadurch Bedingungen zu schaffen, die es der Wissenschaft erlauben, auf eigenem Boden einer antidemokratischen Politik ebenbürtig entgegenzutreten". (Haug)

Die totale Rollentrennung von Berufs- und Privatsphäre einerseits rechtfertigt tendenziell einen Eichmann, der von sich behauptet hat, "persönlich" kein Antisemit zu sein (Rammelmeyer hat "persönlich" auch nichts gegen einen Arbeitskreis "Faschismus und Slavistik"); die totale Rollentrennung von Wissenschaftler und Staatsbürger andererseits zusammen mit einem politikneutralen Begriff von Wissenschaft erzeugt einen ebenso politikneutralen Begriff von Politik. "Politisierung der Wissenschaft" muß Rammelmeyer darum ganz typisch als parteipolitische Abhängigkeit wissenschaftlichen Denkens mißverstehen. Diese Objektivität ist eine Illusion, die die tatsächlichen Standpunkte verbirgt. "Die 'Objektivität' von Wissenschaft, die mit dem Anspruch partikularer Interessenten auf Wissenschaft zugleich jede Reflexion auf die Totalität der Vermittlungen abweist, in denen Wissenschaft ein von Herrschaft ... und Monopol beanspruchtes Moment des gesellschaftlichen Zusammenhangs ist, und die sich von der Einsicht in die allseitig kontrollierende Funktion der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse auf Wissenschaft suspendiert, setzt sich in jene unmittelbar gesellschaftlich wirksame Objektivität fort, die sich dagegen sträubt, gegebene Machtverhältnisse mit in ihre Diskussion einzubeziehen". (Brückner)

Auf einer anderen Ebene: Objektivität kann wohl kaum eine Vorlesung für sich reklamieren, die die sowjetische Literatur kritisiert, ohne einen Begriff von Marxismus zu haben. Ebensowenig hat es etwas mit Objektivität zu tun, wenn ein Professor seine Interessen durchsetzt und sie dann zugleich listig und moralisierend als studentische ausgibt. ("Greifen Sie nicht die an, die Ihr Bestes wollen!") Für Rammelmeyer heißt studentisches Interesse die stille Duldung des administrativ Verhängten: Prüfungsordnungen, Studiengang, Lehrstoff, Seminarorganisation etc. Seine (unausgewiesene) Kompetenz in diesen Fra-

gen darf nicht angetastet werden. So wurden in den letzten Tagen die Lehrveranstaltungen für das Sommersemester festgelegt, ohne daß die Studenten auch nur informiert wurden. Der Fachschaftsvertretung wurden die Seminarschlüssel mit der Begründung verweigert, damit werde die studentische Mitbestimmung im Seminar präjudiziert (Horbatsch) bzw. "ich will es nicht" (Rammelmeyer). Über einen Institutsrat wird gar nicht erst gesprochen und Drittelparität ist a priori schlecht, weil sie die Forschung verhindert. Es ist nur die Frage, ob sich Forschung überhaupt noch an einem Seminar verhindern läßt, an dem sich Sprachwissenschaft fern jeglicher Neuerungstendenzen (Transformationsgrammatik, Strukturalismuskussion etc. "Man kann nicht einfach Experimente machen, ohne zu wissen, was herauskommt". - Rammelmeyer) bloß an historischen Sprachdenkmälern um ihrer selbst willen delektiert und synchronische Sprachbetrachtung sich in feinsinnigen Vergleichen einzelner Wörter durch sämtliche slavischen Sprachen hindurch erschöpft; in einem Seminar, an dem Literaturwissenschaft sich im Methodenwirrwarr verliert und an dem man fachseparatistisch ängstlich darauf bedacht ist, die Höhe seines Budgets zu erhalten, obgleich durch Kooperation mit anderen Seminaren sinnlose Parallelveranstaltungen vermieden werden könnten.

Kritik, die im Zufälligen und individualistischen steckenbleibt, die über individualistische Unzufriedenheit nicht hinauskommt, muß ohne Konsequenzen bleiben. Diese Unzufriedenheit kann sich nur in der Diskussion mit anderen als berechtigt ausweisen, und die Konsequenzen fallen einem nicht zu, sie müssen organisiert erkämpft werden. Erst in ihrer Objektivierung durch die Reflexion gesellschaftlicher Implikationen des Wissenschaftsbetriebs, der Gefahr einer Anpassung der Universität an heteronome gesellschaftliche Zwänge und durch wissenschaftstheoretische Kritik am Methodenpositivismus der bestehenden Wissenschaft läßt sich diese Unzufriedenheit in praktische Konsequenz wenden. Nichts anderes bedeutet "Politisierung der Wissenschaft", keine andere Aufgabe versucht die Basisgruppe zu leisten. Kriterium ihres Bestehens ist nicht, ob der SDS dazu aufgerufen hat, sondern die Notwendigkeit eines Emanzipationsprozesses innerhalb der Studentenschaft. Wenn Rammelmeyer sich keine Basisgruppe aufoktroieren lassen will, ist es nur recht und billig, daß wir uns keinen Professor aufoktroieren lassen und gar nach seinen Anstandsregeln tanzen.

BASISGRUPPE SLAVISTIK

13.11.68

NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB

Kommilitoneninnen! Kommilitonen!

Waren Sie schon wählen? Dann tun Sie es jetzt gleich, bevor es andere für Sie tun! Wählen Sie konsequent und ehrlich - geben Sie Tarnlisten und Heuchlern eine Abfuhr.

In diesem Wahlkampf ist von fast allen Seiten bisher fair und anständig gekämpft worden. Nur das ADS scheute sich nicht, gestern eine kalpertierte Meldung über angebliche Plakatbeschädigungen durch den NHB (und LSD etc.) an die Presse zu geben. Der Aufforderung zum Widerruf durch den NHB kam das ADS nicht nach.

Die 3. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt/Main hat gestern abend nachfolgenden Beschluß gefaßt (im Auszug zitiert):

Dem ADS wird bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, daß Plakate des ADS mit Wahlplakaten des NHB überklebt worden seien.

Es muß erschrecken, daß gerade eine Liste, die sich seitgenäh als Aktionskomitee getarnt hat, die sich als einzige seriöse Alternative gibt, zu Mitteln der politischen Verleumdung im Wahlkampf greift.

KEINE STIMME FÜR DAS ADS -

KEINE STIMME FÜR POLITISCHE VERLEUMDUNG

WÄHLEN SIE KONSEQUENT UND EHRLICH

WÄHLEN SIE NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND - LISTE 6

LISTE 6

SHB HSU GEW SHB HSU GEW SHB HSU GEW SHB HSU GEW

DEMOKRATISCHER BLOCK

Der Demokratische Block setzt sich ein für eine demokratische Hochschule in einer freien Gesellschaft; wir fordern daher:

1. Institutsvollversammlungen als demokratische Institutionen zu einer ständigen Einrichtung zu machen.
2. Sämtliche das Institut betreffenden Fragen, wie z.B. Etat, Lehrplan, Berufungen etc. in den Vollversammlungen zu diskutieren und getroffene Entscheidungen dort zu legitimieren.
3. Die Errichtung eines drittelparitätisch besetzten Institutsrats, der über sämtliche das Institut betreffenden Fragen ausschließlich zu entscheiden hat.

Im konkreten setzen wir uns für folgende Form wissenschaftlicher Arbeit ein:

1. Die Professoren werden aufgefordert, am Ende jedes Semesters ihre Lehrvorhaben vor dem jeweiligen Seminar und vor der Vollversammlung zu begründen.
2. Die Studenten haben die Möglichkeit, Lehrvorhaben abzulehnen und ihrerseits Lehrveranstaltungen zu initiieren.
3. Die Studenten überwachen die Anstellung der wissenschaftlichen Hilfskräfte und der Tutoren.
4. Isolierte Arbeitsweisen sind aufzuheben und durch kollektive zu ersetzen (Arbeitsgruppen).
5. Die Vorlesung als Verschwendung wissenschaftlicher Produktivität ist zu ersetzen durch Diskussionsveranstaltungen, in denen das hektographierte Vorlesungsmanuskript als Diskussionsgrundlage dient.
6. Der Diskussionsleiter wird grundsätzlich gewählt.
7. In den Lehrveranstaltungen auftretende Kontroversen werden veröffentlicht und vor der Vollversammlung diskutiert.
8. Das Studium soll sowohl der Selbstreflektion des Faches als fruchtbaren Irrtümern dienen, wir lehnen daher Reformen ab, die sich beschränken auf eine rein quantitative Bedarfsrechnung des wissenschaftlichen Potentials.
9. Eine Trennung des Studiums in ein allen zugängliches Grundstudium, in dem die Studenten erhöhtem Leistungsdruck ausgesetzt wären (Zwischenprüfung) und einem einer Elite vorbehaltenen Aufbaustudium lehnen wir ab.

Der Demokratische Block kämpft für eine Universität, die frei von staatlichen Disziplinierungsversuchen (Numerus Clausus, Zwangsexmatrikulation, Unterdrückung des politischen Mandats mit formaljuristischen Argumenten), demokratische Strukturen in dieser Gesellschaft antizipieren könnte.

SHB HSU GEW SHB HSU GEW SHB HSU GEW SHB HSU GEW

SHE HSU GEW SHE HSU GEW SHE HSU GEW SHE HSU GEW SHE HSU GEW

DEMOKRATISCHER BLOCK

Der Demokratische Block vertritt ein für eine demokratische Hochschule in einer freien Gesellschaft; wir fordern daher:

1. Die Institutsvollversammlungen als demokratische Institutionen zu einer sachlichen Einrichtung zu machen.
2. Stetliche der Institut betreffende Fragen, wie z.B. Etat, Lehrplan, Berufung usw. in den Vollversammlungen zu diskutieren und getroffene Maßnahmen dort zu legitimieren.
3. Die Errichtung eines mittelparitätisch besetzten Institutsrats, der über sämtliche dem Institut betreffende Fragen ausschließlich zu entscheiden hat.

Im konkreten setzen wir uns für folgende Form wissenschaftlicher Arbeit ein:

1. Die Professoren werden aufgefordert, am Ende jedes Semesters ihre Lehrvorhaben vor den jeweiligen Seminar und vor der Vollversammlung zu begründen.
2. Die Studenten haben die Möglichkeit, Lehrvorhaben abzulehnen und ihrerseits Lehrveranstaltungen zu initiieren.
3. Die Studenten übernehmen die Anstellung der wissenschaftlichen Hilfskräfte und der Tutoren.
4. Isolierte Arbeitsweisen sind aufzuheben und durch kollektive zu ersetzen (Arbeitsgruppen).
5. Die Vorlesung als Versuchsbildung wissenschaftlicher Produktivität ist zu ersetzen durch Diskussionsveranstaltungen, in denen das hektografierte Vorlesungsskript als Diskussionsgrundlage dient.
6. Der Diskussionsleiter wird grundsätzlich gewählt.
7. In den Lehrveranstaltungen auftretende Kontroversen werden veröffentlicht und vor der Vollversammlung diskutiert.
8. Das Studium soll sowohl der Selbstreflektion des Faches als fruchtbarer Intellekt dienen, wir lehnen daher Reformen ab, die sich beschränken auf eine rein quantitative Bedarfsrechnung des wissenschaftlichen Potentials.
9. Eine Trennung des Studiums in ein allen zugängliches Grundstudium, in dem die Studenten erhöhtem Leistungsdruck ausgesetzt wären (Zwischenprüfung) und einem einer Elite vorbehaltenen Aufbaustudium lehnen wir ab.

Der Demokratische Block kämpft für eine Universität, die frei von staatlichen Disziplinierungsversuchen (humerus Clausus, Zwangsexmatrikulation, Unterdrückung des politischen Mandats mit formaljuristischen Argumenten), demokratische Strukturen in dieser Gesellschaft antizipieren könnte.

SHE HSU GEW SHE HSU GEW SHE HSU GEW SHE HSU GEW SHE HSU GEW

17. 11. 68

NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB

"In jenen Tagen der Blockade trat an die Stelle der bisherigen Universität die Politische Universität des SDS als Instrument des Klassenkampfes. Damit wurde deutlich, daß weder der SDS noch seine Satelliten SHB, LSD und HSU, aber auch nicht das andere Extrem NHB, Träger einer Hochschul- und Studienreform unter Wahrung elementarer demokratischer Freiheitsrechte sind und sein können. Aus diesem Grund hat sich das ADS als fortschrittliche Mitte konstituiert ..." (aus einer ADS-Schrift).

sie werden inzwischen festgestellt haben, daß hier gedankenspringer am werk waren. denn weder wird begründet, warum der nhb extrem sei, noch, warum er nicht träger einer demokratischen hochschulreform sein könne. ausgesagt wird dagegen:

daß das ads seine konstituierung allein dem antagonismus gegen sds & co verdankt, und anschließend hat man dann auch ein programm gebastelt. vergleichen sie bitte das resultat mit dem marburger programm des nhb, sie können es gerne haben.

der letztlich apolitischen haltung des ads entsprechend setzt es sich für die "Kooperation aller Bürger der Universität" ein, in einer universität, die möglichst ihre traditionellen privilegien wahrt und ausbaut, um dann in weitestgehender unabhängigkeit vom staat ihr soziales eigenleben entfaltet, ein kantönlidenken, daß das ads den linken gruppen abgesehen hat, ohne es in seiner funktion als voraussetzung einer revolutionierung der gesellschaft von eingriffsgeschützten sozialkörpern her zu verstehen.

damit negiert auch das ads den anspruch der arbeitenden auf eine leistungsorientierte hoch schulforschung und lehre, die primär die technologische voraussetzung für eine verbesserung der materiellen bedingungen und damit der individuellen entwicklungsmöglichkeiten entwickeln sollte. aversion gegen den staat als integrierende organisationsform der gesellschaft ist mittelalterlich oder dumm oder revolutionär.

revolutionären elan unterstellen wir dem reaktiven universitätsbürgern des ads allerdings nicht.

mit freundlichen oder ironischen lächeln - je nachdem wie sie auf unsere flugblätter reagieren - überreicht durch "einen vom nhb".

NHB - KONSEQUENT UND EHRlich

NHB - DIE LISTE DER OPPOSITION

NHB - LISTE 6

NHB Hochschulgruppe Frankfurt/Main - Universitätspostlagernd Jügelstraße
Bürostunden: freitags 19.00 - 22.00 h, Hinter der Schönen Aussicht 5

15. Nov. 1968

NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Heute haben Sie die letzte Gelegenheit zu wählen! Nutzen Sie Ihr Recht, retten Sie die Demokratie an der Universität! Es geht ums Ganze!

-

Sie können auch die Liste 7 (SDS) wählen. Dann wählen Sie

- den SDS, der schon im Sommersemester Terror und Gewalt an der Universität ausübte
- den SDS, der für kommende Woche die zweite Aktion zur Besetzung der Universität angekündigt hat
- den SDS, von dem nicht erwartet werden kann, daß er sich sachlich für die Interessen der Studenten einsetzt

Das sind die Mittel, die Sie wählen, wenn Sie SDS wählen!

-

Sie können auch die Liste 3 (HRL) wählen. Dann wählen Sie

- den ASTA - Birkholz, der laut Presse plant, eine "studentische Ordnungstruppe" aufzustellen
- den ASTA - Birkholz, der jetzt mit Ihrem und unserem Geld bezahlten Saalschutz will
- den ASTA - Birkholz, der die Chancengleichheit ablehnt

Wenn Sie das wollen, was Birkholz will, dann wählen Sie ihn!

-

Sie können auch die Liste 1 (ADS) wählen. Dann wählen Sie

- das ADS, das seine Herkunft und politischen Hintergrund bewußt verschweigt
- das ADS, das als CDU / RCDS - Liste in neuer Verpackung für "Friedhofsruhe" an der Uni sorgen will
- das ADS, das von derselben Presse unterstützt wird, die mit Angriffen unter der Gürtellinie gegen alle anderen Stimmung zu machen sucht

Wenn Sie dafür sind, dann können Sie für das ADS stimmen!

-

Sie können auch die Liste 6 (NHB) wählen! Dann wählen Sie

- den NHB, der bereit ist, sachlich für eine reelle Hochschulreform zu kämpfen
- den NHB, der bereit ist, mit Ihnen und nicht gegen Sie zu arbeiten
- den NHB, der sich und sein Programm im Wahlkampf vorgestellt hat und es nicht nötig hat, auf polemische Angriffe zu antworten
- den NHB, der konsequent und ehrlich ist

Wenn Sie das wollen, dann allerdings müssen Sie den NHB wählen!

NHB - DIE LISTE DER OPPOSITION - NHB - LISTE 6

NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND - KONSEQUENT UND EHRlich

16.11.88
? Auch 1970 Klassenkampf in der Schule ?

In der Phase des Spätkapitalismus soll eine Bildungs- und Schulreform das stetige Wachstum der Profiterwerbung retten. Das an der ständischen Gesellschaft orientierte Schulsystem soll scheinbar demokratisiert werden (SMV).

In der gegenwärtigen Standesschule

- stehen sich Lehrer ohne einheitliches Bewußtsein und ohne einheitliche Bezahlung gegenüber, die sich im gegenseitigen Ständedünkel zu übertreffen suchen.
- unterrichten im Gymnasium frustrierte Fachidioten, die sich in die Ideologie des " Gynasialprofessors " retten. Da sie keine Pädagogen sind, müssen sie autoritär sein.
- unterrichten in der Volksschule Lehrer, die glauben, mit bescheidenen intellektuellen Mitteln auszukommen. Da sie fachlich unberührt sind, müssen sie autoritär sein.
- werden Menschen verschiedener Qualität produziert, deren Wert an den Ausgaben für Gymnasiasten, Realschüler und Volksschüler abgelesen werden kann.

Eine zukünftige integrierte Gesamtschule

- muß alle Schüler für die Berufe in der Gesellschaft disponibel machen.
- muß die Schüler zur Reflexion über die Strukturen und Normen der Gesellschaft führen, die gemessen ist an dem emanzipatorischen Anspruch, eine humane und herrschaftsfreie Gesellschaft zu verwirklichen, in der mündige Menschen das Glück für alle gewährleisten.

Daraus folgt, daß die Lehrerausbildung für alle Schultypen gleich sein muß.

1. Alle Lehrer müssen durch ein Studium der Grundwissenschaften (Pädagogik, Philosophie, Soziologie, ...) befähigt werden, über die gesellschaftskritische Funktion von Lehren und Lernen zu reflektieren.
2. Alle Lehrer verstehen sich als Sachverständige für Didaktik ihres Faches. Sie sollen an (team-) didaktischen Forschungsprojekten in der Schule die didaktische Reflexion vorantreiben.
3. Alle Lehrer müssen ihr Fach so studiert haben, daß sie
 - a) die Inhalte der Schule
 - b) deren wissenschaftliche Grundlage
 - c) die wesentlichen modernen Fragestellungen
 - d) die wissenschaftstheoretischen Ansätze im Bereich ihres Faches kennen.
4. Die Lehrerausbildung versteht sich nicht mehr als Testat der "Befähigung zum Lehramt", sondern als Bereitstellen der notwendigen wissenschaftlichen Voraussetzungen für das Lehramt.

BEKÄMPFT DEN KLASSENKAMPF IN DER SCHULE !!!

UNIVERSELLE LEHRERAUSBILDUNG FÜR ALLE LEHRER !!!

Arbeitsgruppe Mathematik

sectio

INFORMATIONEN DER FACHSCHAFT MEDIZIN FRANKFURT

verantwortlich: Hahn, Evertz, Nowak, Reinhardt

WAHLERGEBNISSE der Fachschafts -
Wahlen vom 11.11. - 15.11.1968

Für die neue Fachschaft, die -
statt wie bisher aus 6 - nun aus
12 Mitgliedern besteht, standen
24 Kandidaten zur Wahl. Von die-
sen wurden folgende Kandidaten
gewählt:

Vorkl. Wolfgang HUNDSORF, Win-
fried KURTZ, Enide LEGER, Beate
REINHARDT

Klinik Peter CRELL, Ulf EVERTZ,
Kristian HAHN, Hans KEMMER, Wolf-
gang LANGHEINRICH, Werner NOWAK,
Mathias REINHARDT, Walter SCHULTZ,

Die Wahlbeteiligung betrug 52 %!

Wir danken für die bisher noch
nicht erreichte Wahlaktivität.

Inzwischen ist W. Hundsdorf mit
der Begründung zurückgetreten,
daß in der Fachschaft doch zuviel
Arbeit auf ihn zukäme. Nachge-
rückt ist der Vorkliniker Manfred
DÖLLER. Ferner ist P. Crell (SDS)
am 2.12. zurückgetreten mit fol-
gender Begründung: "Da sich mei-
ne Befürchtungen bestätigt haben,
daß den meisten Mitgliedern der
Fachschaft Medizin das gesell-
schaftliche und politische Ver-
ständnis für eine wirksame in-
haltliche Fachschaftsarbeit fehlt,
sehe ich keinen Sinn darin, in
der Fachschaft weiterhin mitzu-
arbeiten." Für ihn ist Christoph
JENSCH (LSD) nachgerückt.
Somit besteht die Fachschaft jetzt
aus 11 Mitgliedern der Gruppe 69
und einem LSD-Mitglied.

STRUKTUR der neuen Fachschaft

Fachschaftssitzungen fanden statt
am 25.11., am 29.11. und am 2.12.
1968. Auf diesen Sitzungen wurde

eine S r u k t u r - Änderung
der Fachschaft beschlossen.
Die neue Fachschaft ist somit wie
folgt aufgebaut:
Die 12 Mitglieder bilden drei Ar-
beitseinheiten, und zwar

INNEN - AUSSEN - INFORMATION

Aus jeder Einheit wird jeweils 1
Sprecher bestimmt; gemeinsam über-
nehmen diese die Funktion des ehe-
maligen Fachschaftssprechers, d.h.
sie organisieren die Arbeit in
ihrem Bereich und koordinieren da-
rüber hinaus die Arbeit der gesam-
ten Fachschaft.

Mit dieser Neuordnung entfällt
auch die bisher übliche Verteilung
der "Pöstchen". Wir versprechen uns
davon ein demokratischeres System
und gleichzeitig eine intensivere
Fachschaftsarbeit.

Der Bereich INNEN umfaßt fol-
gende Aufgaben: Neuordnung des
Stundenplanes der Vorklinik, Fi-
nanzen, Auslandsreferat, Kinder-
garten, Doktorarbeiten-Katalog,
Studienberatung, Skripten, Zimmer-
vermittlung.

AUSSEN: Hochschulreform, Studien-
reform und Strukturänderung der
Medizinischen Fakultät, sowie Ent-
sendung des Parlamentsvertreters,
Förderung einer engeren Zusammen-
arbeit zwischen den Fachschaften
Medizin an den Hessischen Hoch-
schulen.

INFORMATION: Rechtzeitige und um-
fassende Information der Mitglie-
der der Fakultät, Veranstaltungen,
Presseinformation, stufenweiser
Aufbau einer Fachschaftszeitung,
Aufbau eines guten Kontaktes zwi-
schen Studentenschaft und Fach-
schaft - sowie zwischen der med.
Fakultät und den übrigen Fakultä-
ten der Uni.

Die Arbeit in der Fachschaft
kann wirksamer gestaltet werden,

wenn sich möglichst viele freie Mitarbeiter finden. Deshalb kommen Sie in die Fachschaft: Unterstützen Sie uns mit Ihren Anregungen und arbeiten Sie in unseren Sachgebieten mit!

KINDERGARTEN

Wie Sie wissen, soll im Frühjahr ein Kindergarten der Universität in Bockenheim errichtet werden. Da für Medizinstudenten der Weg nach Bockenheim nicht zumutbar ist, und wir hier auf dem Kliniksgelände günstige Voraussetzungen zur Einrichtung einer eigenen Kinderkrippe haben, verteilten wir Fragebögen, um zunächst einen Überblick über den Kreis der Interessenten zu erhalten. Wenn Sie Ihren Fragebogen schon ausgefüllt haben, bringen Sie ihn bald in die Fachschaft. Es liegt an Ihnen, wie schnell diese Aktion anlaufen kann! Fragebögen liegen in der Fachschaft aus.

Wußten Sie schon, daß alle Aktivität zur Errichtung von Kindergärten an Universitäten allein von der Studentenschaft ausgeht, also weder von der Professorenschaft noch von der Landesregierung Anstrengungen in dieser Richtung unternommen wurden?

FACHZEITSCHRIFTEN

Alle Zeitschriften, die Sie bisher gegen Entrichtung von je -.10 Pfg. von der Fachschaft erhalten haben, bekommen Sie in Zukunft zum Pauschalpreis von DM 3.- pro Semester.

Es erscheinen regelmäßig:
wöchentlich: Medizinische Klinik,
Die Therapie Woche, Deutsche Medizinische Wochenschrift, Selecta,
Die Medizinische Welt, Münchner Medizinische Wochenschrift.

10 - tägig: Der Landarzt
14 - tägig: Die Umschau
monatlich: Der angestellte Arzt,
Deutsches Ärzteblatt.
Weitere Zeitschriften unregelmäßig.

Kommen Sie zu uns und tragen Sie sich in die Kartei ein!

Im übrigen: Es stehen jedem unsere Lese- und Studienräume auf der

Station 49 in der Kinderklinik sowie im Schwersternhaus offen.

VERANSTALTUNGEN

Am 12.12. findet der "Bayer-Abend" statt.

Am Freitag, den 13.12.68 findet um 9 Uhr im Hörsaal Anatomie eine VOLLVERSAMMLUNG statt. Hier wird sich die neue Fachschaft vorstellen, über ihre Arbeit berichten, und es werden Kurzberichte über die Hintergründe des Streiks an Afe, Jura und phil. Fakultät gehalten.

Ebenfalls am Freitag, den 13.12. findet um 16 Uhr im Hörsaal Anatomie ein weiterer Gastvortrag in der Reihe "Verhaltensforschung" statt. Es spricht Herr Dr. W. Wickler, Seewiesen über "Individuelle Partnerbindung als zoologisches Phänomen". Die Zuhörerzahl ist leider begrenzt. Daher plant die Fachschaft Anfang des kommenden Jahres eine Wiederholung und Ausweitung dieser Vorlesungsreihe im Hauptgebäude der Universität.

Winterball

Alle vorbestellten Karten für den Winterball am 10.1.69 müssen bis spätestens zum 20.12.68 abgeholt und bezahlt sein.

Mensa

Das Studentenwerk hat auf Antrag der Fachschaft bereitgestellt: 2 Mensahilfen, 100 Tabletts, 2 Abfalltonnen, 1 Zigarettenautomaten, Bonautomaten! Bis spätestens in den ersten Januartagen sollen die Neuerungen eingeführt sein. Die Fachschaft sucht daher ab sofort: 2 Mensahilfen für mindestens ein Semester in der Zeit von 12-14.00 Uhr. Mit der Bezahlung von 4,50 DM pro Stunde ist finanzschwachen Kommilitonen ein zusätzliches Einkommen garantiert! Melden Sie sich sofort in der Fachschaft!

Streik

Die Studenten der Afe und der phil. Fak. lehnen die Reformvorschläge der Landesregierung ab. Sie bringen ihre Gegenvorschläge zum Ausdruck, indem sie eigene Vorlesungen abhalten u. in d. Vorlesungszeit d. Studienreform diskutieren.

WIR SOLIDARISIEREN UNS MIT DEM STREIK AN DER AFE UND PHILFAKULTÄT!
WIR UNTERSTÜTZEN DIE MASSNAHMEN GEGEN DIE SCHÜTTEREFORM.

LSD LSD

Im vergangenen Semester verstärkte der LSD seine Arbeit in den Fachschaften. Die Vertretungen der Jura- und Wiso- Fachschaften wurden zumeist von uns gestellt. Die Arbeit an der Basis ist wenig spektakulär, dafür um so wirksamer; denn h i e r können Initiativfunktionen wahrgenommen werden, die zu einer bewußten Gestaltung des eigenen Arbeitsplatzes und zu einer unmittelbaren Vertretung der eigenen Interessen führen.

Was waren unsere Zielsetzungen?

1. Die gesellschaftliche Bezogenheit dieser Fächer sollte aufgewiesen, thematisiert werden, damit der herkömmliche Ausbildungsbetrieb auf seinen Begriff gebracht und eine Studienreform, vor allem auf unterster Ebenen, praktiziert werden.
2. Diese Vorstellungen verschränkten sich mit Vorschlägen und Forderungen zur Hochschulreform; hierbei besonders die Vertretung studentischer Interessen in den verschiedenen Institutionen der Fakultäten.
3. Eine Behebung völlig unzureichender Arbeitsbedingungen, soweit dies von den Fachschaftsvertretungen eigenständig erreicht werden kann.

Was wurde von diesen Zielsetzungen verwirklicht?

1. In Diskussionen auf Fachschaftsvollversammlungen usw. wurde die Problematik einer gesellschaftsbezogenen Studienreform erörtert. Arbeitsgruppen und Seminare leisteten hierbei vorbereitende und weiterführende Arbeit. In einer Broschüre z.B. der juristischen Fakultät wurden verschiedenen Beiträge zur genannten Problematik der universitären Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
2. Die Verwirklichung dieser Zielsetzung wurde vor allem von den Fakultäten blockiert. Die LSD-Vertreter machten sich nicht zu "Liebedienern" der Professoren, sondern leisteten Widerstand, wenn studentische Interessen auf dem Spiel standen. Sie verfielen dabei auch keinem falsch verstandenen "Freund-Feind-Denken"; vielmehr verstärkten sie die informelle Zusammenarbeit mit reformwilligen Professoren.
3. Zur Erleichterung der Vorlesungsauswahl veröffentlichten beide Fachschaften Erläuterungen zum Vorlesungsverzeichnis für das WS 1968/69. Auf Initiative des LSD wurde die Studienberatung für Anfänger in erhöhtem Maße betrieben.

bitte wenden!

18. Nov. 1968

ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS

Die Wahl zum Studentenparlament ist ungültig !

Kurz vor Beendigung der Wahlen zum neuen S.P. wurde bekannt, daß eine Wahlurne gestohlen wurde. Antidemokratischen Kräften ist es damit gelungen, Ihre Willensäußerung zunichte zu machen.

Wie hätte sich das neue S.P. zusammengesetzt?

Nach Auszählung der verbliebenen 97,5 % der abgegebenen Stimmen ergab sich folgendes Bild:

	<u>Stimmen</u>	<u>Sitze</u>
ADS	2495	8
DB	1435	4
HRL	709	2
LdM	152	-
LSD	1001	3
NHB	116	-
SDS	1451	5

Wahlbeteiligung insgesamt 50,9 %

Das ADS konnte als progressive Mitte mehr als ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinigen. Immer mehr politisch interessierte Studenten wenden sich gegen Radikalismus und Terror.

Wiederholungswahl: 16. - 18. Dezember 1968

Kommen Sie wieder zur Wahl!

Lassen Sie nicht zu, daß durch radikale Aktionen Ihre demokratische Willensäußerung unterdrückt wird. Die Rechnung derjenigen, die die Urne gestohlen haben, darf nicht aufgehen!

ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS ADS

19. Nov. 1968

18⁰⁰ Uhr Opernplatz

Am Sonntag, dem 17.11., hat das Athener Sonder-Militärgericht über den Widerstandskämpfer

A l e x a n d e r P a n a g o u l i s

das Urteil gesprochen:

2 x Todesstrafe (wegen Desertation und umstürzlerischer Tätigkeit),

18 Jahre Zuchthaus (wegen versuchten Attentats auf den griechischen Ministerpräsidenten);

weitere 18 Angeklagte wurden zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt.

Diese Terrorjustiz ist offenkundig die Reaktion der Junta auf den wachsenden Widerstand im Volk gegen die Diktatur. Die Urteile zeigen sehr deutlich den faschistischen Charakter des Regimes und widerlegen die Behauptung seiner Machthaber, das System sei auf dem Weg zur Demokratisierung (Verfassung, Volksabstimmung u. dgl.). Nur tendenziell Gleichgesinnte in unserem Land (1 Ohrfeige - 1 Jahr Gefängnis) können eine Kooperation mit diesem Regime gutheissen. Der Faschismus in Griechenland und seine Exzesse können nur durch solidarischen Protest der demokratischen Kräfte bekämpft werden.

W i r r u f e n a u f z u r

Protest - Demonstration

HEUTE, Dienstag, 19.11.1968, 18 Uhr

Opernplatz - Griechisches Konsulat

Evangelische Studentengemeinde -- Liberaler Studentenbund
Universität Frankfurt/Main Deutschlands

Katholische Studentengemeinde Humanistische Studentenunion
Universität Frankfurt/M

Sozialdemokratischer Hochschulbund Iranische Studentenvereinigung

19. Nov. 1968

SHB HB LFB MB AB HBB SIB SIB SIB SIB SIB

Seit langem schon finden in Griechenland Prozesse gegen oppositionelle Politiker statt. So hat auch jetzt über Panagoulis und andere antifaschistische Griechen ein Sondergericht z.T. sehr hohe Freiheitsstrafen verhängt. (gegen Panagoulis wegen Desertion und Staatsverrats zu zweifacher Todesstrafe und wegen des Anschlags auf Papadopoulos zu 18 Jahren Zuchthaus). Mehrere tausend Griechen leben im KZ, in Arbeitslagern, eine unbekannte Zahl in Gefängnissen und in den Zellen der Sicherheits- oder Militärpolizei. Die Junta hat Grund genug, jede Opposition mittels hoher Strafen, durch Aufhebung von Verfassungsartikeln und manipulierten Volksabstimmungen zu unterdrücken. Denn erst kürzlich folgten ca. 500 000 demokratischer Griechen unter größter Gefahr fürs eigene Leben dem Sarg G. Papandreious, des Führers der von der Junta verbotenen liberalen Zentrumsunion. Dabei wurden, wie auch in Deutschland üblich, 30 Demonstranten von der Polizei herausgegriffen, als Rädelsführer abgestempelt und im Schnellverfahren nach den üblichen schweren Folterungen abgeurteilt.

Unser Protest kann aber nicht nur den faschistischen Maßnahmen der Junta gelten, sondern muß sich auch gegen die Haltung der USA und der Bundesrepublik richten. Es ist bewiesen, daß der CIA am Putsch beteiligt war, aus Furcht der USA vor einem Sieg der Zentrumsunion und der radikaldemokratischen EDA, bei denen es Bestrebungen gab, Griechenland aus der NATO zu nehmen und den Einfluß der monarchistischen Kreise einzudämmen, die amerika-hörig sind. Bemerkenswert weiter ist es, daß zur selben Zeit des Putsches ein NATO-Manöver auch mit bundesdeutschen Soldaten in Griechenland stattfand. Und sofort nach dem Putsch bekam die Junta mehrere hundert Millionen DM Wirtschaftskredite von Thyssen. Die einzigen Staaten, die heute noch Waffen und Kredite an Griechenland geben, sind die BRD und die USA. Seltsam ist es auch, daß die griechische Sicherheitspolizei hier in der BRD ungehindert arbeiten kann, sich ohne jede Beschränkung Organisationen bilden können, die die Junta offen unterstützen, und daß in letzter Zeit Spitzel der Junta in den Arbeitsämtern auftauchten. Unser Protest ist besonders wichtig in einem Staat mit faschistoider Tendenz. Wie in dem vormals demokratischen Griechenland kann auch jederzeit Ähnliches in der BRD geschehen, gerade jetzt nach Verabschiedung der Notstandsgesetze.

Kommen Sie heute abend 18 Uhr zum Opernplatz zu einer Demonstration vor das Griechische Generalkonsulat.

Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)

25. 11. 68

sds sds sds sds sds zerschlagt die Klassenjustiz sds sds sds sds sds

Heute spielt die Frankfurter Justiz mit dem Prozeß gegen den Mainzer Kommilitonen Christian Boblenz ihren Plan zur Isolierung und Einschüchterung der außerparlamentarischen Opposition fort. Ab 10.30 h wird heute im Gerichtsgebäude A, Saal 164 verhandelt. Der Richter im Prozeß gegen Boblenz ist der wegen der Buchmessenbeschlagnahme des Braunbuch berüchtigte Amtsgerichtstat Pawlik.

Christian Boblenz wird vorgeworfen, er habe sich gegen den brutalen Schlägereinsatz berittener Polizei an der Galluswarte Ostermontag mit einer Latte geschützt. Den Einsatz der Frankfurter Polizei als "Vorwärtsverteidigung" für Springer findet der Staatsanwalt wohl nicht anklagenswert. Die Anzeigen gegen Polizisten bleiben weiter unbearbeitet.

In der Prozeßwelle soll die revolutionäre Solidarität von Ostern in Schadensersatzverfahren, in "Rädelsführer"prozessen, in massenhafter individueller Strafverfolgung zerstückelt werden. Dieser Entpolitisierung setzen wir die selbsttätige Widerstandsorganisation in unserer tagtäglichen Praxis entgegen.

Die juristischen Fakultäten produzieren noch rechtspositivistische Fachidioten, die ohne weiteres in der Lage sind, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge in Prozessen zynisch für irrelevant zu erklären.

In Frankfurt kann sich noch ein Professor Schiedermaier als Vertreter des Rechtspositivismus breitmachen. Als Rechtspositivist ubt er die "unpolitische" Subsumtion unter abstrakte Rechtsnormen ein. Er kann aber auch politische Praxis entwickeln. Sie bestand bisher in:

- der Unterschrift unter das reaktionäre "Marburger Manifest"
- dem Aufruf innerhalb juristischer Seminare zur Gründungsversammlung des ADS
- während der Notstandsstreiks in der Aufforderung, die Streikposten gewaltsam zu vertreiben

Gerhard Paar wurde schon wegen bloßer Teilnahme an der demonstrativen Auslieferungsverhinderung der Springer-Presse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Prozeß gegen Boblenz setzt auch in Frankfurt die justizielle Repression fort. Als Studenten können wir politisches Engagement nur organisatorisch umsetzen an unserem universitären Arbeitsplatz.

Diskutiert in den Vorlesungen go-ins zu den akademischen Helfershelfern der politischen Justiz!

Spendet für den Rechtshilfefonds der REPUBLIKANISCHEN HILFE, Dresdner Bank Frankfurt Nr. 282 886

sds sds sds sds sds verweigert die Einübung als Unterdrückungsgehilfen sds

w i s o - i n f o

"Die deutschen Universitäten haben von jeher ihre Studenten als erwachsene Menschen behandelt"
Professor Häuser, Studienführer S.22

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen!

Alleinein Professor weiß, was für die ihm anvertrauten Studenten das "objektiv Beste" ist. Die Professoren haben das Monopol auf die Kenntnis des "wohlverstandenen Besten". Sie wissen bei jeder Frage, was für alle anderen (Studenten, Assistenten) das Richtige ist.

Rationale Diskussion der Studien- und Prüfungsordnung, der Universitäts-satzung, ja aller Fragen der Universitätspolitik ist überflüssig, wenn die erfahrenen Ordinarien eine solche Diskussion für überflüssig halten.

Jeder Student erfährt schon im ersten Semester, wohin die deutschen Uni-versitäten mit all dieser "Weisheit" gekommen sind.

Seit dem SS gibt es an unserer Fakultät eine arbeitsfähige Fachschaft. Die Fachschaft brachte im Mai einige Anträge in der Fakultät ein.

800 Studenten unterstützten durch Ihre Unterschrift die Forderungen der Fachschaft.

Einer der vier Punkte des Antrags verlangte die Veröffentlichung sämtlicher Durchführungsbestimmungen zur Diplom-Prüfungsordnung. Bereits im SS stimmte die Fakultät grundsätzlich zu. Das hatte aber keine Folgen. Als Vertreter der Fachschaft im September mit dem Vorsitzenden des Prüfungsamtes, Professor Riebel, über diesen Antrag sprachen, stellte sich heraus, daß Professor Riebel nicht einmal in der Lage war, anzugeben, welchen Umfang die Durchführungsbestimmungen haben. Es sieht so aus, als wären den Prüfenden an unserer Fakultät die verschiedenen Durchführungsbestimmungen nur flüchtig bekannt. Offensichtlich wird nach Tradition und Gutdünken verfahren.

Inzwischen versprach der Vorsitzende des Prüfungsamtes in absehbarer Zeit die Durchführungsbestimmungen zu veröffentlichen. (Wann??)

Während der besprochene Teil des Antrags zwar angenommen aber nicht durchgeführt wurde, wurden die anderen Teile mit anderen Mitteln, z.B. Weiterwälzung von Sitzung zu Sitzung, immer wieder verzögert, bis schließlich gegen den entscheidendsten Teil des Antrags, die Mitteilung der Diplomarbeitsnote, ein rechtlicher Trick gefunden wurde.

Am Mittwoch, den 13.11.1968 fand eine Sitzung der Studienreformkommission statt.

"Mündige brauchen keinen Vormund"
Aktion Sicherheit durch Fortschritt

In der zweiten Kommissionssitzung sollte das leidige Thema entgültig ad acta gelegt werden: Professor Abraham präsentierte ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts, demzufolge die Prüfungsakten der juristischen Staatsprüfungen geheimzuhalten seien. Das gelte analog auch für unsere Diplomprüfungen (die keine Staatsprüfungen sind). Auf unseren Einwand, solche formalen Schwierigkeiten ließen sich überwinden, wenn der Wille dazu vorhanden sei, entgegnete Professor Abraham mit der Bemerkung, er habe sich als hessischer Staatsbeamter an die bestehenden Gesetze zu halten (!) Dieses Argument beeindruckte die meisten seiner Kollegen derart, daß sie meinten, eine weitere Diskussion über diesen Punkt sei gegenstandslos geworden. Es ist zu erwarten, daß die Fakultät diese formale Argumentation übernimmt und unseren Antrag ablehnen wird.

Diese durchaus nicht eindeutige Rechtsquelle sollte der rettende Ausweg sein! Formale Argumente sind höchst willkommen, wenn man sich dadurch um eine eigene Entscheidung drücken kann. Natürlich muß sich ein hessischer Staatsbeamter an die bestehenden Gesetze halten, aber muß er unzulässige Analogien fraglos als sichere Grundlage annehmen? Wir können das nur als einen billigen Abwehrversuch werten, um die inhaltliche Diskussion zu vermeiden. Mit formalen Argumenten dieser Art kann man jeden Reformversuch der nicht "von oben" kommt, torpedieren. Die bestehenden Normen decken immer die bestehenden Zustände. Reformwille zeigt sich aber gerade in der Bereitschaft, den gegebenen institutionellen Rahmen zu ändern. In welche Richtung eine solche Änderung zu gehen hätte, läßt sich an den zwei Veranstaltungen unserer Fakultät, die am Mittwoch, den 27.11.1968 stattfinden aufweisen. Am Morgen findet um 11 h in Hörsaal H 16 eine Fachschaftsvollversammlung statt, in der Studenten, Assistenten und Professoren ihre Argumente zu den, in diesem Flugblatt kurz aufgezeigten Fragen vorzutragen können. Danach werden die Studenten in demokratischer Abstimmung ihre weiteren Schritte beschließen. Im Gegensatz dazu wird sich am Mittwochnachmittag die Fakultät (Ordinarien) nichtöffentlich versammeln, und, ohne allen Fakultätsangehörigen die Gelegenheit zu geben, ihre Argumente vorzutragen, über diese Anträge beschließen.

Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß in den Fakultätssitzungen die Anträge der Fachschaft (von 800 Studenten durch ihre Unterschrift unterstützt) übergegangen werden. Das zeigt, daß es nicht genügt, den Professoren Wünsche und Argumente vorzutragen, sondern, daß nur eine demokratische Struktur der Universität die Wahrnehmung der studentischen Interessen sicherstellen kann.

Im Gegensatz zur Ansicht Professor Häusers werden die Studenten in den deutschen Universitäten als unmündige Menschen behandelt.

Es kommt darauf an, daß die Studenten, die selbst laut Professoren Erwachsene sind, ihre Sache selbst in die Hand nehmen.

Um den Professoren die Möglichkeit zu nehmen, sich auf falsche juristische Positionen zurückzuziehen, (zwei Juristen werden die Rechtslage vortragen) wird die ~~Fakultät~~ folgende Antrag in die Fakultät einbringen:

"Die Fakultät stimmt dem Antrag der Fachschaft, dem Kandidaten die Bewertung der Diplomarbeit (Note, Gutachten) nach Möglichkeit innerhalb 6 Monaten nach Abgabe mitzuteilen, grundsätzlich zu. Der Dekan und der geschäftsführende Vorsitzende des Prüfungsamtes werden beauftragt zu prüfen, ob rechtliche Einwendungen gegen die Durchführung des Antrages bestehen, und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen einzuleiten, um vorhandene Einwendungen zu beseitigen."

ZEIGT, DASS IHR MÜNDIG SEID! GEHT NICHT IN DIE VORLESUNG!
KOMMT ZUR FACHSCHAFTSVOLLVERSAMMLUNG!!!

28. Nov. 1968

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

BEI CORRECTA WURDE DER NOTSTAND GEPROBT
=====

Und so sah das im Einzelnen aus:

- x Willy Kaus, Frankfurter Bürger, Alleineigentümer der Correcta Werke in Bad Wildungen und Mehrheitsaktionär des Metzeler-Konzerns, hatte 1967 keine Lust, sich an den Tarifverhandlungen mit der IG Chemie zu beteiligen, die dann zum hessischen Gummiarbeiterstreik führten.
 - x Willy Kaus, der ehemalige Wehrwirtschaftsführer, ließ sich einen Scheißtrick einfallen: er trat einfach aus der Fachgruppe Gummi im Arbeitgeberverband Chemie aus und in die Fachgruppe Kunststoff ein. Damit hatte er zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: erstens war er um die Tarifaussinandersetzung herumgekommen; zweitens wollte es ein gerechter Gott und der gütige Zufall, daß die Tarife in der Kunststoffindustrie um 25-30 % niedriger liegen als bei Gummi. Das heißt:
 - x Die Löhne der Correcta-Arbeiter waren in ihrer bisherigen Höhe nicht mehr abgesichert. (Der Teil des Lohnes, der über dem vertraglich abgesicherten Tariflohn liegt, kann ohne weiteres beschnitten werden). Für ein Werk wie Correcta, das mit 1500 Arbeitern und Angestellten in Bad Wildungen und Umgebung die einzige industrielle Arbeitsmöglichkeit bietet, ist das ein schwerer Schlag. Der Trick des Willy Kaus war für die Arbeiter und Angestellten eine echte Gefährdung ihrer Existenz.
 - x Deshalb war es auch nicht verwunderlich, daß sich die Correcta-Beschäftigten mit 90,3 % Ja-Stimmen für den Streik aussprachen, als in der Kunststoffindustrie die Tarife ausliefen und Willy Kaus sich weigerte, einen besonderen Tarifvertrag abzuschließen, in dem die Tarifikürzung rückgängig gemacht werden sollte.
 - x Auf den Streik antwortete Willy Kaus mit der Aussperrung -
- und hier hört der beinahe alltägliche Lohnkampf auf; hier beginnt der Test der Notstandsgesetze; hier zeigt sich die Kumpanei von Landesregierung, Gewerkschaft und Arbeitgeberverband in einiger Deutlichkeit.
- x Der Arbeitgeberverband erklärte sich mit Kaus und seiner Aussperrung solidarisch; Begründung: das hessische Aussperrungsverbot sei durch den Artikel 9 III 3 GG (Teil der Notstandsgesetzgebung) ungültig geworden.
 - x Die Landesregierung tat dasselbe wie bei dem Kampf gegen die Notstandsgesetze: nichts. Dafür redete sie umsomehr, und Herr Minister Hemsath fuhr die Streikposten ab, pickelte mit der Streikleitung, bezeichnete sich in bierseliger Laune als "Sozialist" und verkündete dann: Gegen die Aussperrung tun wir nichts; sollen wir denn den Streikbrechern mit Polizei den Weg ins Werk bahnen?
 - x Und die Gewerkschaft beschränkte das Ganze auf einen "Lohnkonflikt", den man doch nicht in die schmutzige Politik hineinziehen dürfe. Natürlich auch hier die großen Worte: wie freuten sich die Correcta-Arbeiter auf

der Streikversammlung, als Philipp Pleß vom hessischen DGB höchstselbst das Wort Revolution in den Mund nahm! Ähnliches radikales und folgenloses Gewäsch haben wir auf dem Römerberg schon mal von ihm gehört.

Also: Deschiß auf der ganzen Linie. Verbaler Radikalismus, Phrasen-Onanie,

J E D E M E N G E G E S C H W Ä T Z,

aber kein Wort über den entscheidenden Aspekt:

daß hier zum ersten Mal in einer konkreten Auseinandersetzung die neue Notstandsverfassung ins Treffen geführt wurde.

Ein bezeichnendes Symptom: das Kernstück und der wichtigste Repressionsfaktor bei jeder Aussperrung, nämlich die Auflösung der Arbeitsverhältnisse - hier wurde es nicht eingesetzt. Eine Aussperrung mit gebremsten Schaum also - aus durchsichtigen Gründen: Probe aufs Exempel. Die nächste Aussperrung in Hessen wird anders aussehen.

Daran ändert auch nichts, daß Willy Kaus kalte Füße bekommen hat und jetzt schnell aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist, dessen Weisungen er bisher so brav befolgt hat. Trotz des Umfalls des Wehrwirtschaftsführers Kaus:

DER MODELLFALL IST DURCHGESPIELT !

Die Arbeitgeberverbände wissen jetzt: es geht; die Landesregierung kuscht.

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Vor einem halben Jahr war uns allen klar, daß wir die NS-Gesetze nicht endgültig verhindern konnten. Unser Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung war nicht ein Kampf gegen ihre Verabschiedung, sondern der Beginn des Widerstands gegen den Notstandsstaat. Damals war der Begriff des Widerstandes abstrakt - jetzt wird er konkret.

Der Anspruch der Studenten, eine Avantgarde im Kampf gegen den Notstandsstaat zu sein, ist nur durch praktischen Widerstand einzulösen; genauso kann die theoretische Erkenntnis, daß der Kampf um eine neue Hochschule nur über die Revolutionierung der Gesellschaft führen kann, nur durch die Praxis zum Ziel führen.

Der SDS fordert alle auf, am

Freitag, um 14 Uhr, im Hörsaal V
des Neubaus der Universität,

auf einem Teach-In den Notstandsfall Correcta zu diskutieren, über die möglichen konkreten Widerstandsformen zu beraten!

Ü b r i g e n s : Der Hessische Arbeitgeberverband sitzt in der Lilienthalallee 4, zehn Minuten von der Uni - und Willy Kaus wohnt direkt gegenüber. Wie sich das trifft!

Der Notstandsstaat fängt klein an - Noch können wir antworten!

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

28. Nov. 1968

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

BEI CORRECTA WURDE DER NOTSTAND GEFROBT
=====

Und so sah das im Einzelnen aus:

- x Willy Kaus, Frankfurter Bürger, Alleineigentümer der Correcta Werke in Bad Wildungen und Mehrheitsaktionär des Metzeler-Konzerns, hatte 1967 keine Lust, sich an den Tarifverhandlungen mit der IG Chemie zu beteiligen, die dann zum hessischen Gummiarbeiterstreik führten.
- x Willy Kaus, der ehemalige Wehrwirtschaftsführer, ließ sich einen Scheißtrick einfallen: er trat einfach aus der Fachgruppe Gummi im Arbeitgeberverband Chemie aus und in die Fachgruppe Kunststoff ein. Damit hatte er zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: erstens war er um die Tarifaus-einandersetzung herumgekommen; zweitens wollte es ein gerechter Gott und der gütige Zufall, daß die Tarife in der Kunststoffindustrie um 25-30 % niedriger liegen als bei Gummi. Das heißt:
- x Die Löhne der Correcta-Arbeiter waren in ihrer bisherigen Höhe nicht mehr abgesichert. (Der Teil des Lohnes, der über dem vertraglich abgesicherten Tariflohn liegt, kann ohne weiteres beschnitten werden). Für ein Werk wie Correcta, das mit 1500 Arbeitern und Angestellten in Bad Wildungen und Umgebung die einzige industrielle Arbeitsmöglichkeit bietet, ist das ein schwerer Schlag. Der Trick des Willy Kaus war für die Arbeiter und Angestellten eine echte Gefährdung ihrer Existenz.
- x Deshalb war es auch nicht verwunderlich, daß sich die Correcta-Beschäftigten mit 90,3 % Ja-Stimmen für den Streik aussprachen, als in der Kunststoffindustrie die Tarife ausliefen und Willy Kaus sich weigerte, einen besonderen Tarifvertrag abzuschließen, in dem die Tarifikürzung rückgängig gemacht werden sollte.
- x Auf den Streik antwortete Willy Kaus mit der Aussperrung -

Und hier hört der beinahe alltägliche Lohnkampf auf; hier beginnt der Test der Notstandsgesetze; hier zeigt sich die Kumpanei von Landesregierung, Gewerkschaft und Arbeitgeberverband in einiger Deutlichkeit.

- x Der Arbeitgeberverband erklärte sich mit Kaus und seiner Aussperrung solidarisch; Begründung: das hessische Aussperrungsverbot sei durch den Artikel 9 III 3 GG (Teil der Notstandsgesetzgebung) ungültig geworden.
- x Die Landesregierung tat dasselbe wie bei dem Kampf gegen die Notstandsgesetze: nichts. Dafür redete sie unsomehr, und Herr Minister Hemsath fuhr die Streikposten ab, pichelte mit der Streikleitung, bezeichnete sich in bierseliger Laune als "Sozialist" und verkündete dann: Gegen die Aussperrung tun wir nichts; sollen wir denn den Streikbrechern mit Polizei den Weg ins Werk bahnen?
- x Und die Gewerkschaft beschränkte das Ganze auf einen "Lohnkonflikt", den man doch nicht in die schmutzige Politik hineinziehen dürfe. Natürlich auch hier die großen Worte: wie freuten sich die Correcta-Arbeiter auf

der Streikversammlung, als Philipp Pleß vom hessischen DGB höchstselbst das Wort Revolution in den Mund nahm! Ähnliches radikales und folgenloses Gewäsch haben wir auf dem Römerberg schon mal von ihm gehört.

Also: Deschiß auf der ganzen Linie. Verbaler Radikalismus, Phrasen-Onanie,

J E D E M E N G E G E S C H W Ä T Z,

aber kein Wort über den entscheidenden Aspekt:

daß hier zum ersten Mal in einer konkreten Auseinandersetzung die neue Notstandsverfassung ins Treffen geführt wurde.

Ein bezeichnendes Symptom: das Kernstück und der wichtigste Repressionsfaktor bei jeder Aussperrung, nämlich die Auflösung der Arbeitsverhältnisse - hier wurde es nicht eingesetzt. Eine Aussperrung mit gebremsten Schaum also - aus durchsichtigen Gründen: Probe aufs Exempel. Die nächste Aussperrung in Hessen wird anders aussehen.

Daran ändert auch nichts, daß Willy Kaus kalte Füße bekommen hat und jetzt schnell aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist, dessen Weisungen er bisher so brav befolgt hat. Trotz des Umfalls des Wehrwirtschaftsführers Kaus:

DER MODELLFALL IST DURCHGESPIELT !

Die Arbeitgeberverbände wissen jetzt: es geht; die Landesregierung kuscht.

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Vor einem halben Jahr war uns allen klar, daß wir die NS-Gesetze nicht endgültig verhindern konnten. Unser Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung war nicht ein Kampf gegen ihre Verabschiedung, sondern der Beginn des Widerstands gegen den Notstandsstaat. Damals war der Begriff des Widerstandes abstrakt - jetzt wird er konkret.

Der Anspruch der Studenten, eine Avantgarde im Kampf gegen den Notstandsstaat zu sein, ist nur durch praktischen Widerstand einzulösen; genauso kann die theoretische Erkenntnis, daß der Kampf um eine neue Hochschule nur über die Revolutionierung der Gesellschaft führen kann, nur durch die Praxis zum Ziel führen.

Der SDS fordert alle auf, am

Freitag, um 14 Uhr, im Hörsaal V
des Neubaus der Universität,

auf einem Teach-In den Notstandsfall Correcta zu diskutieren, über die möglichen konkreten Widerstandsformen zu beraten!

Ü b r i g e n s : Der Hessische Arbeitgeberverband sitzt in der Lilienthalallee 4, zehn Minuten von der Uni - und Willy Kaus wohnt direkt gegenüber. Wie sich das trifft!

Der Notstandsstaat fängt klein an - Noch können wir antworten!

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

29. Nov. 1968

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS
ARBEITER STUDENTEN AKTION ARBEITER STUDENTEN AKTION ARBEITER S

Die NS-Gesetze wurden nicht umsonst verabschiedet!

Die NS-Gesetze haben sich schon jetzt bewährt!

Die Studenten haben als erste gegen sie gekämpft - die Arbeiter bekommen sie als erste zu spüren!

Der Arbeitgeberverband schickte ein altes Fossil der Zwangsbewirtschaftung an die Notstandsfront: Ex-Wehrwirtschaftsführer Kaus, Mehrheitsaktionär der Metzeler AG, somit Boss der Correcta-Werke in Bad Wildungen.

Kaus und Correcta sollten die Versuchskarnickel spielen - Testfall: NS-Verfassung bricht Landesverfassung.

Denn Artikel 29 der hessischen Landesverfassung verbietet die Aussperrung -
Artikel 9 Abs. III 3 der NS-Verfassung "legalisiert" sie.

Kaus - d.h. der Arbeitgeberverband - statuierte das Exempel: Streikende Arbeiter wurden ausgesperrt! Die hessische Regierung verkniff es sich, "in laufende Arbeitskämpfe einzugreifen".

Reichsrecht bricht wieder Landrecht -
Arbeitskampf heißt wieder Kampf gegen die Arbeiter.

Was tat die Gewerkschaft? Sie sprach noch auf der letzten Streikversammlung verbal-radikal von Revolution, während sie mit Kaus etc. schon Tage zuvor den windelweichen Kompromiß vorbereitete.

Kaus ging die Luft aus; doch die Arbeitgeber wittern Morgenluft!

Die Gewerkschaft wird den Kompromiß - wie immer - als Erfolg feiern.
Die Arbeitgeber werden den Erfolg - wie immer - in der Tasche haben.
Die Arbeiter sind - wie immer - die Beschissenen.

Was haben die Studenten damit zu tun?

Sie haben im Sommer gewußt, daß eine Universitätsbesetzung die NS-Gesetze nicht mehr verhindern konnte.

Sie haben gewußt, daß die NS-Gesetze nicht gegen eine Randgruppe, die Studenten nämlich, sondern gegen die große Masse der Arbeiter verabschiedet wurden.

Sie haben gesehen, daß die Gewerkschaften nur mit scheinradikalen Kraftausdrücken geklingelt haben.

Sie haben begriffen, daß gegen NOTSTAND nur der aktive politische WIDERSTAND die Antwort sein kann - im Sommer und gerade jetzt.

VERBALER PROTEST SCHMIERT NUR DAS GETRIEBE DES NS-STAATS !

Nur die KONKRETE AKTION zeigt den Arbeitern KONKRETE SOLIDARITÄT !

Nur AKTIVER WIDERSTAND bricht AKTIVEN NOTSTAND

14 Uhr Teach-In Aktionsbesprechung Hörsaal V 14 Uhr Teach-In Aktionsbespre-
chung Hörsaal V 14 Uhr Teach-In Aktionsbesprechung Hörsaal V 14 Uhr Teach-In

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

29. Nov. 1968

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS
ARBEITER STUDENTEN AKTION ARBEITER STUDENTEN AKTION ARBEITER S

Die NS-Gesetze wurden nicht umsonst verabschiedet!

Die NS-Gesetze haben sich schon jetzt bewährt!

Die Studenten haben als erste gegen sie gekämpft - die Arbeiter bekommen sie als erste zu spüren!

Der Arbeitgeberverband schickte ein altes Fossil der Zwangsbewirtschaftung an die Notstandsfront: Ex-Wehrwirtschaftsführer Kaus, Mehrheitsaktionär der Metzeler AG, somit Boss der Correcta-Werke in Bad Wildungen.

Kaus und Correcta sollten die Versuchskarnickel spielen - Testfall: NS-Verfassung bricht Landesverfassung.

Denn Artikel 29 der hessischen Landesverfassung verbietet die Aussperrung -

Artikel 9 Abs. III 3 der NS-Verfassung "legalisiert" sie.

Kaus - d.h. der Arbeitgeberverband - statuierte das Exempel: Streikende Arbeiter wurden ausgesperrt! Die hessische Regierung verkniff es sich, "in laufende Arbeitskämpfe einzugreifen".

Reichsrecht bricht wieder Landrecht -
Arbeitskampf heißt wieder Kampf gegen die Arbeiter.

Was tat die Gewerkschaft? Sie sprach noch auf der letzten Streikversammlung verbal-radikal von Revolution, während sie mit Kaus etc. schon Tage zuvor den windelweichen Kompromiß vorbereitete.

Kaus ging die Luft aus; doch die Arbeitgeber wittern Morgenluft!

Die Gewerkschaft wird den Kompromiß - wie immer - als Erfolg feiern.
Die Arbeitgeber werden den Erfolg - wie immer - in der Tasche haben.
Die Arbeiter sind - wie immer - die Beschissenen.

Was haben die Studenten damit zu tun?

Sie haben im Sommer gewußt, daß eine Universitätsbesetzung die NS-Gesetze nicht mehr verhindern konnte.

Sie haben gewußt, daß die NS-Gesetze nicht gegen eine Randgruppe, die Studenten nämlich, sondern gegen die große Masse der Arbeiter verabschiedet wurden.

Sie haben gesehen, daß die Gewerkschaften nur mit scheinradikalen Kraftausdrücken geklingelt haben.

Sie haben begriffen, daß gegen NOTSTAND nur der aktive politische WIDERSTAND die Antwort sein kann - im Sommer und gerade jetzt.

VERBALER PROTEST SCHMIERT NUR DAS GETRIEBE DES NS-STAATS !

Nur die KONKRETE AKTION zeigt den Arbeitern KONKRETE SOLIDARITÄT !

Nur AKTIVER WIDERSTAND bricht AKTIVEN NOTSTAND

14 Uhr Teach-In Aktionsbesprechung Hörsaal V 14 Uhr Teach-In Aktionsbespre-
chung Hörsaal V 14 Uhr Teach-In Aktionsbesprechung Hörsaal V 14 Uhr Teach-In

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS